Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 144 — 1. Jahrgang | Saarbrücken, Freitag, den 8. Dezember 1933 | Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Berlin erwartet Pariser Antwort
Seite 2

Der blamierte Obereichsanwalt
Seite 3

Schlesische Elendsruhe
Seite 4

Chinas neueste Revolution
Seite 8

100000 politische Gefangene

50000 in den Konzentrationslagern — 50000 in den Gefängnissen

In keinem Lande der Welt wird ein Staatsbürger seiner Freiheit beraubt, wenn er sich nicht gegen die Gesetze vergangen hat. Nur in Deutschland erfolgen Verhaftungen ohne jeden ersichtlichen Anlaß und in Willkür. Heuchlerisch wird diese Art der Haft „Schutzhaft" genannt. Da die Gefängnisse und Strafanstalten für die große Zahl der Schutzhaftgefangenen nicht ausreichen und die Grausamkeiten der SA.-Wachmannschaften verborgen bleiben sollen, so sind „Konzentrationslager" geschaffen worden. Die Zahl dieser Lager sowie die Zahl der Gefangenen hat sich ständig erhöht. Nach einer zuverlässigen Statistik des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Prag, bestehen noch immer 68 Konzentrationslager, in denen etwa 50 000 Gefangene sich befinden, und zwar sind das folgende Lager:

Ostpreußen: Grundau bei Königsberg, Soldin.

Brandenburg: Bernau, Börnicke bei Nauen, Bötzow, Brandenburg a. Havel (früheres Zuchthaus, das wegen Baufälligkeit und Gesundheitsgefährdung geräumt war — 1600 Gefangene), Jüterbog, Oranienburg (dient jetzt im wesentlichen der Unterbringung rebellierender SA.-Männer — 1000 Gefangene), Sonnenberg (ebenfalls längst abbruchreifes und daher geschlossenes Zuchthaus, 600 Gefangene).

Schlesien: Frankenstein, Münsterberg, Leschwitz bei Görlitz.

Provinz Sachsen: Erfurt, Lichtenburg bei Torgau (etwa 1000 Gefangene), Gräfenhainichen, Zörbig.

Schleswig-Holstein: Eutin, Glückstadt, Nickling.

Hannover: Moringen, Wilsede (1300 Gefangene, und zwar revolutionierende SA.-Männer).

Westfalen: Bergkamen, Börgermoor (etwa 2000 Gefangene, berüchtigt wegen seiner Grausamkeit), Esterwegen, Neusustrun bei Lathen a. d. Ems, Sennelager, Wanne-Eickel.

Hessen-Nassau: Ginsheim, Fochenbach, Kassel, Rödelheim, Wetzlar.

Rheinprovinz: Bayenburg bei Wuppertal, Brauweiler, Koblenz-Karmerita (700 Gefangene), Koblenz-Karthause (300 Gefangene), Düren, Jülich, Kemna bei Wuppertal, Siegburg (2500 Gefangene).

Bayern: Dachau (3000 Gefangene, noch immer die Stätte grausamster Folterungen).

Sachsen: Bautzen, Colditz (900 Gefangene), Crimmitschau, Dresden (Mathildenschlößchen), Grünenhainichen, Hainichen bei Döbeln, Heinewald bei Zittau (380 Gefangene), Burg Hohnstein (600 Gefangene), Sachsenburg bei Flöha (1600 Gefangene), Sonneburg bei Chemnitz, Osterstein bei Zwickau.

Württemberg: Gotteszell bei Gmünd.

Baden: Ankenbuck bei Villingen, Bad Dürheim (500 Gefangene), Heuberg (gemeinsames Lager von Baden und Württemberg, trotz Entlassungen noch 1600 Gefangene), Kißlau bei Bruchsal, Rastatt (300 Gefangene).

Thüringen: Blankenhain bei Weimar, Jena, Ohrdruf (1000 Gefangene), Untermaßfeld.

Hessen: Osthofen, Langen.

Oldenburg: Vechta.

Braunschweig: Wolfenbüttel (600 Gefangene).

Hamburg: Fuhlsbüttel, Wittmoor.

Bremen: Hastett (für rebellierende SA.), Insel Langlütjen, Miesler (400 Gefangene), Bremen hat außerdem ein Konzentrationslager auf einem stillgelegten Schiff.

Anhalt: Dornburg.

Mindestens die gleiche Zahl von Gefangenen befindet sich in den Polizei- und Gerichtsgefängnissen, ohne daß gegen sie eine Untersuchung geführt oder ein Strafverfahren eingeleitet worden ist. Hunderttausend Menschen sind also der Freiheit sowie ihrer Existenz beraubt, ihren Familien entrissen, ohne daß man sie überhaupt eines Vergehens gegen die Gesetze beschuldigt.

Nach den Wahlen vom 12. November versprachen die nationalsozialistischen Machthaber eine Amnestie. Statt der Amnestie erfolgen jetzt täglich Massenverhaftungen, über die auf ausdrückliche Anweisung der Geheimen Staatspolizei die Presse nicht mehr berichten darf. Wie die in Prag erscheinende Sopade-Information mitteilt, sind allein in den letzte vier Wochen mehr als 1000 frühere Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei verhaftet worden. Und zwar allein in Dresden 500, in Chemnitz 100, in Breslau 120. Da auch unter den übrigen oppositionellen Gruppen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, so sind die Gefängnisse und Konzentrationslager so überfüllt, daß häufig Entlassungen von Inhaftierten nicht aus rechtlichen oder politischen Erwägungen erfolgen, sondern einfach aus Mangel an Platz. Das ist um so bemerkenswerter, weil entsprechend den barbarischen Grundsätzen des neuen nationalsozialistischen Strafvollzuges die Gefängnisse bereits vier- bis sechsfach so stark belegt sind als früher. Wenn also überhaupt eine Amnestie erfolgt, so nicht, weil man begangenes Unrecht sühnen oder einen Strich unter das Vergangene ziehen will, sondern nur, weil Gefängnisse, Zuchthäuser, Konzentrationslager und SA.-Folterstätten überfüllt sind.

Legende und Wahrheit

von Konrad Heiden

Das beste Buch über die Idee und das Werden des Nationalsozialismus hat vor etwa 2 Jahren Konrad Heiden geschrieben. Es beruht auf einer tiefgehenden Sach- und Personenkenntnis, die zu einem glänzenden historischen Werk verarbeitet ist. Dasselbe Lob läßt sich einem neuen Buche Konrad Heidens spenden „Geburt des dritten Reiches" (Europa-Verlag Zürich). Der Verfasser ist Gegner des Nationalsozialismus, aber er hütet sich wohl, ein agitatorisches Pamphlet zu schreiben. Er bemüht sich mit großem Erfolg, das Phänomen des Nationalsozialismus aus objektiven Ursachen zu verstehen und zu erklären. So wird das Buch zu einer aufschlußreichen Arbeit über die Geschichte Deutschlands nach dem Kriege und zu einem aufrüttelnden, das Denken und den politischen Aktivismus belebenden Dokument. Wir geben nachstehend den Schlußabsatz des Buches wieder:

Aus dem Tageslicht eines allzu grellen Schicksals flüchtete die deutsche Seele in den wohltätigen Schatten einer zauberhaft heroischen Legende. Ueber die deutschen Bühnen ging kürzlich ein Stück, das sich mit den strategischen Vorgängen der Marneschlacht befaßt. Da treten die deutschen Generalstabsoffiziere des Weltkrieges vor fähnchengespickten Landkarten auf und lassen in dramatischen, vom Autor erfundenen Gesprächen den Zuhörer wissen, daß das deutsche Heer eigentlich die Marneschlacht und damit den Weltkrieg gewonnen hätte, wenn nicht bei ein paar unglücklichen Offizieren im kritischen Augenblick die Nerven versagt hätten. Deutsche militärische Fachleute haben gegen diese unrichtige Darstellung protestiert. Was nützte es? Ein breites Publikum ließ sich von dem Theaterdichter nur zu gern überzeugen, daß die Marneschlacht „eigentlich" ein deutscher Sieg war, und der Theaterkritiker einer westdeutschen Zeitung schrieb: die Kriegsgeschichte in Ehren, aber der Dramatiker habe einen Mythos zu schaffen.

Einen Mythos . . .

Und wer sagt dem Volke die Wahrheit?

Die Wahrheit, die Gerechtigkeit und die Freiheit haben gegenwärtig keine guten Tage in Deutschland, und auch in andern Ländern werden ihnen vielleicht Prüfungen nicht erspart bleiben. Die Echtheit politischer Ueberzeugungen wird heute auf scharfe Proben gestellt. Und, als persönliches Bekenntnis sei es hier gesagt: das ist gut so. Die Schrecken dieser Zeit sind groß, groß aber auch ihre Möglichkeiten. Wieder stehen wir an dem Punkt, wo nur Ketten zu verlieren sind und eine Welt zu gewinnen ist.

Und hier berühren wir einen Punkt, über den unbedingt und bei jeder Gelegenheit gesprochen werden muß. Mancher, der ein Opfer des Nationalsozialismus wurde, hadert heute mit seinem Volke. Männer und Frauen, an deren Zugehörigkeit zum deutsche Volke, auch nach den jetzt so zeitgemäßen Merkmalen der Abstammung, kein Zweifel ist, fällen scharfe und schärfste Urteile; nicht über das gegenwärtige Regime, sondern über das ganze Volk, das dieses Regime erträgt und ihm zustimmt. Hier wird ein Irrtum vom Grunde aus begangen. Das Volk ist kein ausgebildeter Charakter, sondern eine Summe von Charaktermöglichkeiten. Daß das deutsche Volk heute Wesensheiten hervorkehrt, die wir nicht lieben, und dagegen Züge verwischt, die uns an ihm teuer sind, müssen wir als unsere eigene Schuld betrachten. Der Charakter eines Volkes ist kein Geschenk des Schicksals, sondern das Ergebnis erzieherischer, ja — das Wort im allerhöchsten Sinne genommen — politischer Arbeit. Jede Generation, die doch das Kind ihres Volkes ist, hat auch wieder die Aufgabe, das Volk zu ihrem Kinde, zum Geschöpf ihres Willens und zum Gleichnis ihrer Sehnsucht zu machen. Wer in solchem Verhältnis zu seinem Volke steht, den können die Irrungen dieses Kindes an dem Kinde selbst nicht irre machen. Weil wir Deutschland unverändert lieben, darum kämpfen wir um es; und wenn wir nicht um es kämpften, würden wir nicht das Gefühl haben, es richtig zu lieben.

Andere wiederum hassen die heutigen Machthaber Deutschlands, aber sie wollen nicht gegen sie kämpfen, weil sie meinen, daß das im Ergebnis doch ein Kampf gegen Deutschland sei. Sie sagen etwa, ein Sturz dieses Regimes sei das Chaos und Deutschlands Ende. Nun, aus Gründen, die hier teilweise dargelegt wurden, wird kein Gewissensopfer und keine Verzweiflungstat den Sturz dieser Machthaber verhindern. Wenn aber dieser Tag eintritt, müssen Menschen da sein, die auf ihn vorbereitet sind, die ihn gewollt haben und nicht nur von ihm überrascht werden. Eine Bewegung muß da sein und muß imstande sein, in die gewiß grausige Lücke zu treten, die die Gestürzten hinterlassen. Dann, aber auch nur dann wird der Tag dieses Sturzes kein Tag des Chaos und auch keiner des deutschen Endes sein.

Der Faschismus hat auf die Dauer nur die Wahl zwischen Armut und Krieg. Beides wird ihn vernichten. Wir wollen wünschen, daß sein Unheil den ersten Weg nimmt, aber auch auf den zweiten gefaßt sein. Jeder, der die Freiheit liebt, hat dazu beizutragen, daß das Ende des Faschismus nicht das Ende, sondern der Beginn von Europa werde. Dieses Europa muß, wenn sein Tag in der Geschichte anbricht, in unsern Herzen und unsern Köpfen fertig sein. Bis dahin aber haben wir uns so zu verhalten, daß ein kommendes Geschlecht von uns wird sagen können:

Ihr Leben war doch schön. Sie durften für die Freiheit kämpfen, die wir nur genießen.

Der Todeskampf eines früheren „Weltblattes"

Die Belegschaft gegen die Verleger

Wäre nicht das Schicksal, das Hunderte von Menschen an das große Pressesterben in Hitlerdeutschland verknüpft: die Auseinandersetzungen zwischen dem Verlag der „Kölnischen Zeitung" und dem des „Westdeutschen Beobachters" böten Stoff zu einer Tragikomödie. Täglich behauptet die „Kölnische Zeitung", sie sei national bis auf die Knochen. Sie habe das Schicksal, jetzt von einem anderen westdeutschen Blatte, das noch nationaler als sie selbst sein wolle, derart behandelt zu werden, nicht verdient. Am Mittwoch fährt der „Westdeutsche Beobachter" allergröbstes Geschütz auf. Interessant ist daran eine Bemerkung über die bereits gemeldete vorübergehende Beschlagnahme der „Kölnischen Zeitung". Das Blatt sagt darin, daß sich der Kölner Polizeipräsident veranlaßt gesehen habe, die Beschlagnahmung wegen bewußter Irreführung der Oeffentlichkeit und wegen böswilliger Herabsetzung der nationalsozialistischen Hauptpresse zu verfügen. Man ist also so weit, daß eine Polemik um die Existenz, gerichtet gegen ein nationalsozialistisches Blatt, genügt, um ein Blatt vom einstigen Range der „Kölnischen Zeitung" zu beschlagnahmen!

Die Interna der gescheiterten Verschmelzungsverhandlungen, die in aller Oeffentlichkeit von beiden Seiten ausgewalzt werden, interessieren nicht. Schlimm ist freilich für den Verlag DuMont Schauberg, daß ihm jetzt die eigene Belegschaft in den Rücken fällt. In einer Betriebsversammlung, die nach dem „Westdeutschen Beobachter" von fast 800 Angehörigen der etwa 1000 Mann starken technischen Belegschaft besucht war, wurde der Betriebsrat aufgefordert, die Firma M. DuMont Schauberg zur Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen mit dem „Westdeutschen Beobachter" zu ersuchen. Lediglich die anwesenden Redakteure erklärten, sie könnten aus formalen Gründen der Entschließung nicht zustimmen. Mit 35 Versammlungsteilnehmern verließen sie das Lokal. Später beschwerte sich der Betriebsratsvorsitzende darüber, daß man die Betriebsvertretung von den Vorgängen überhaupt nicht unterrichtet habe. Es handelt sich um das Schicksal von 200 Angehörigen des Betriebes. Wie erschütternd es um den Verlag stehen muß, erwies die Bemerkung des Betriebsratsvorsitzenden:

„Die Firma kann keine Garantien dafür geben, daß sie nicht überhaupt über kurz oder lang wegen Unrentabilität des Unternehmens schließen muß, und damit die gesamten Betriebsangehörigen erwerbslos werden."

Zum Schluß überreichte der „Westdeutsche Beobachter" der „Kölnischen Zeitung" eine sehr bittere Pille. Wenn die „Kölnische Zeitung" von ihrer nationalen Gesinnung spreche, nun am 23. März sei in der großen Reichstagssitzung auch einer aufgestanden und habe für sich beansprucht, national zu sein: Das sei der sozialdemokratische Parteivorsitzende Otto Wels gewesen!

Die gute „Kölnische Zeitung", nationalliberal und Bismarck treu, der Großbourgoisie des Rheinlandes dienstbar, im Monopolbesitz des echten Patriotismus und immer scharf gegen die Sozialdemokratie — sie erlebt es also am Ende ihrer Tage, mit dem von ihr so gehaßten Otto Wels auf die gleiche Stufe nationaler Unzuverlässigkeit gestellt zu werden! Dabei hatte das Blatt schon vor zwei Jahren zur Verbreitung faschistischer Ideen den „Sonntag-Morgen" gegründet.

Alles haben die Herren DuMont Schauberg und ihre Redakteure verdient. Das nicht!

Sterilisation!

Ueber einen Strafprozeß, der in Duisburg stattgefunden hat, wird unter der Ueberschrift „Duisburger Gericht verfügt Sterilisation" folgende Meldung verbreitet:

„Vor der Duisburger Strafkammer hatte sich ein dreiunddreißigjähriger Arbeiter zu verantworten, der sich unsittlich an Schulmädchen vergangen hatte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis und verfügte die Anwendung der Sterilisation, stellte sie aber vorläufig in den Willen des Verurteilten. Die zur Sache gehörte 28jährige Ehefrau des Angeklagten erklärte sich mit der vom Gerichtsarzt befürworteten Maßnahme einverstanden. Der Angeklagte hatte erklärt, daß sein Vergehen aus einem unentrinnbaren und unerklärlichen Zwang erfolgten, gegen den er selbst machtlos sei."

Es ist auffallend, daß dieses Urteil ergeht, noch ehe das Sterilisationsgesetz in Kraft getreten ist. Außerdem sind für diesen Eingriff nur die Erbgesundheitsgerichte und nicht die Strafgerichte zuständig.

Litwinow in Berlin

Berlin, 7. Dez. Der sowjetrussische Volkskommissar des Aeußeren, Litwinow, traf heute morgen aus Rom kommend mit dem fahrplanmäßigen Münchener Zuge um 8 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin ein. Zu seiner Begrüßung hatten sich eingefunden der russische Geschäftsträger in Berlin, Botschaftsrat Bessonow sowie der größte Teil der Beamten der russischen Botschaft. Im Auftrage der Reichsregierung begrüßte Legationsrat v. Tippelskirch, der Referent für Rußland im Auswärtigen Amt, den russischen Außenminister.

Die spanische Krise

Paris, 7. Dez. Wie Havas aus Madrid berichtet, hat der Führer der spanischen republikanischen Konservativen Maura eine Anfrage ablehnend beantwortet, die ihm Lerroux übermitteln ließ und besagte, ob er bereit sein würde, in ein Kabinett Lerroux einzutreten.

Paris, 7. Dez. Havas berichtet aus Madrid, in einer Besprechung der spanischen Rechtsparteien wurde beschlossen, daß der Augenblick für die Bildung einer Rechtsregierung nicht gekommen sei und daß die Rechtsparteien zwecks Rückkehr zum normalen Leben die Bildung einer Regierung der Mittelparteien erleichtern wollen, die den bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommenen Willen des Volkes in die Tat umzusetzen verstehe.

Sabotage in Frankfurt

Eine Spezialkommission wurde von der Geheimen Staatspolizei in Frankfurt a. M. eingesetzt zum Untersuchen verschiedener Sabotageakte, die das größte Aufsehen und Erstaunen erregten. 225 Tonnen Benzin waren am Auslaufen in der Nähe; eine Lokomotive war halb zerstört worden. Die Polizei verdächtigt verschiedene Arbeiter der Deutsch-Russischen Petroleum-Gesellschaft (TGROP) in Frankfurt. Diese Gesellschaft soll hauptsächlich kommunistische Arbeiter haben.

Baby.

Sie können zusammen nicht kommen . . .

Keine Fortschritte in den deutsch-französischen Vorbesprechungen

Kein deutscher Schritt in Paris

Paris, 7. Dez. Die Havasagentur veröffentlicht folgende Mitteilung: Nach einer im Ausland verbreiteten Meldung soll die deutsche Regierung gestern nachmittag am Quai d'Orsay formelle Verhandlungsvorschläge unterbreitet haben. In autorisierten Kreisen weiß man von einem solchen Schritt nichts und sieht diese Nachricht als jeder Grundlage entbehrend an.

Diplomatische Fühler

Trotz dieses energischen Dementis aus Paris steht fest, daß Vorbesprechungen über die Möglichkeit deutsch-französischer Verhandlungen stattfinden. Allerdings scheint man sachlich über eine allgemeine Fühlungnahme, wie sie zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter François-Poncet erfolgt ist, noch nicht hinausgekommen zu sein. Nebenher laufen eifrige Verhandlungen zwischen Paris und London, die erst zu gewissen Ergebnissen über Vorfragen führen müssen, ehe überhaupt in sachliche Verhandlungen zwischen Berlin und Paris eingetreten werden kann. Einer Klärung dieser Fragen sollte auch der Besuch des britischen Botschafters beim Reichskanzler dienen. Ob diese Unterhaltung die sehr schwierigen Besprechungen einen Schritt weiter gebracht hat, darf man bezweifeln.

Eine Londoner Havas-Meldung behauptet, der Reichskanzler habe dem englischen Botschafter seinen Wunsch nach Verständigung mit Frankreich wiederholt. Man gebe in London zu verstehen, daß Berlin eine Antwort von Paris erwartet. In der Meldung heißt es wörtlich: „Die Dinge liegen hier in Wahrheit so, daß England, nachdem es zur Methode direkter französisch-deutscher Besprechungen geraten, sich nicht einzumischen hat, was aber die Londoner Regierung nicht hindert, die Verhandlungen (négociations) Schritt für Schritt zu verfolgen und darüber genau unterrichtet zu sein."

Dieser Meldung, aus der man die indirekte Schlußfolgerung bereits im Gang befindlicher direkter deutsch-französischer Verhandlungen wollte entnehmen können, wird hier in den maßgebenden Pariser Kreisen jeder amtliche Charakter abgestritten. Es handele sich um die Privatmeldung des Havas-Korrespondenten und besitze keineswegs Verbindlichkeit der amtlichen Noten des Havasbüros. Im übrigen träfen die Behauptungen, die von deutsch-französischen Verhandlungen wissen wollen, nicht zu. Es sei verfrüht, von Verhandlungen (négociations) zu sprechen.

Berlin wartet

London, 7. Dez. Reuter meldet zu der einstündigen Unterredung, die der britische Botschafter gestern mit dem Reichskanzler über die Abrüstungsfrage hatte, die deutsche Regierung warte jetzt auf einen Schritt der neugebildeten französischen Regierung in der Frage der Verhandlungen, da sie den Standpunkt vertrete, daß die kürzlichen Besprechungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem französischen Botschafter in Berlin eine Antwort der französischen Regierung erforderten.

Konferenz der Großmächte?

Paris, 7. Dez. Der Korrespondent des „Echo de Paris" in London meldet seinem Blatte, man rechne dort damit, daß binnen kurzem eine Konferenz der Großmächte zusammenberufen werde, und zwar wahrscheinlich in London.

Frankreichs Mißtrauen

Herriot vor dem Auswärtigen Ausschuß

Paris, 7. Dez. Ueber die Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten wird berichtet:

Der Abgeordnete Fribourg hatte zunächst die Stellungnahme des Ausschusses zu seinem Bericht über das Saarproblem wie folgt zusammengefaßt:

Keine direkte Verhandlungen mit Deutschland über die Saarfrage, Durchführung der Volksabstimmung 1935 gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages, Schutz der Saarländer gegen Gewalttätigkeiten der nationalsozialistischen Partei, Sicherung der Freiheit und der geheimen Stimmabgabe bei der Volksabstimmung. Der Abgeordnete nahm weiter Stellung zur Abrüstungskonferenz und den Ursachen ihres Nichterfolgs. Er verlangte vor allem genauen Aufschluß über die Erklärungen, die der englische Außenminister Sir John Simon bei seiner Begegnung mit Daladier über die Probezeit abgegeben habe. Er wies darauf hin, daß Kriegsminister Daladier bereits angedeutet habe, daß die damals eingegangene Verpflichtung nicht mit den späteren Erklärungen Sir John Simons im Unterhause übereinstimme.

Es wurde vom Ausschuß eingehend über eventuell mit der Reichsregierung aufzunehmende direkte Besprechungen diskutiert. Hierbei äußerte der Abgeordnete Guernut den Wunsch, über die Besprechungen des französischen Botschafters François-Poncet mit Reichskanzler Hitler in Berlin genau unterrichtet zu werden.

Der Abgeordnete Ybarnegaray von der Gruppe Marin vertrat, von einigen seiner Fraktionsgenossen unterstützt, den Standpunkt, daß der Völkerbund nicht mehr dieselbe Autorität besitze, da in ihm Nationen wie Deutschland, die Vereinigten Staaten, Japan und Rußland nicht vertreten seien und Italien nur aus Höflichkeit in ihm bleibe. Wegen des Rücktritts Deutschlands scheine es unmöglich, Verhandlungen im Rahmen des Völkerbundes aufzunehmen. Der Redner übte scharfe Kritik an dem Viermächteabkommen und sprach sich für direkte Besprechungen mit Deutschland unter ganz bestimmten Bedingungen aus.

Der französische Unterhändler müsse durch die Regierung der nationalen Einigung unterstützt sein, die die notwendige Autorität besitze und Vertreter aller Parteien umfasse.

Außerdem müsse das Prestige und die Stärke des französischen Heeres wiederhergestellt werden. Ferner seien die Bande zwischen Frankreich, Polen und der Kleinen Entente enger zu knüpfen. Unter diesen Umständen würden für die künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland Verhandlungen, bei denen die Saarfrage zugleich mit den übrigen wirtschaftlichen und sonstigen Problemen erörtert werden, sehr vorteilhaft sein.

Der Vorsitzende des Ausschusses Herriot erklärte, es sei größte Vorsicht geboten, die Zeit werde dafür Sorge tragen, daß eine Annäherung an Deutschland erreicht werde, **doch müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß jedesmal, wenn die französische Regierung Friedensversicherungen von der Reichsregierung erhielt, sie durch die Tatsachen schnell widerlegt worden seien.**

Wenn alle Welt in Frankreich eine Annäherung mit Deutschland wünsche, so dürfe man doch nicht den Völkerbund aus dem Auge verlieren, der dem Frieden schon so viele Dienste geleistet habe und der fortbestehen müsse.

Zum Schluß hat der Ausschuß seinen Beschluß vom vorigen Mittwoch bestätigt, der verlangt, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Notwendigkeit zu lenken, beim Völkerbund zu intervenieren, damit der Saarbevölkerung die Rechte und Sicherheiten sowie die volle Abstimmungsfreiheit, die in den Verträgen festgelegt sind, gewährleistet werden.

Berliner Auffassungen

Berlin, 7. Dez. (Eig. Meldung.) Die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer gibt ein Bild der Schwierigkeiten, unter denen die Außenpolitik Frankreichs infolge der unsicheren parlamentarischen Verhältnisse leidet. Die gegenwärtige französische Regierung ist vielleicht die schwächste von allen, die in den letzten Monaten aufeinander gefolgt sind. Ihre wesentliche Sorge ist die heute in der Kammer beginnende Aussprache über den Finanzplan, der noch in dieser Woche so oder so erledigt werden soll. Bisher haben sich aber nur die Radikalen für die Regierung ausgesprochen, wiederum in der Hand der Sozialisten, vor allem der Neusozialisten, mit denen Chautemps gestern über die kritischen Artikel des neuen Finanzplanes verhandelt hat. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß die Regierung in der auswärtigen Politik alles vermeidet, was ihre Bemühungen um eine parlamentarische Mehrheit stören könnte. Sie hat nicht die Bewegungsfreiheit, um irgendwelche Initiativen zu ergreifen, selbst wenn sie im französischen Interesse lägen. Sie hat deshalb nichts gegen den Beschluß des Kammerausschusses einzuwenden gewagt, daß in der Saarfrage keine unmittelbaren Verhandlungen mit Deutschland stattfinden, und die Dinge trotz aller für das deutsch-französische Verhältnis unerwünschten Rückwirkungen ihren im Versailler Vertrag vorgesehenen Verlauf nehmen sollen. Ebenso wie der Versailler Vertrag bildet der Völkerbund eine wesentliche Stütze der gegenwärtigen schwachen Regierung und der hinter ihr stehenden Linksparteien. Es ist bezeichnend, daß der rechtsstehende Abgeordnete Ybarnegaray die Unmöglichkeit hervorheben mußte, im Rahmen des Völkerbundes Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen, während der Ausschußvorsitzende Herriot auch bei dieser Gelegenheit seine Völkerbundsorthodoxie betonte. Völliges Unverständnis für die Notwendigkeiten eines Gedankenaustausches auf diplomatischem Wege zeigte der linksstehende Abgeordnete Guernut von der Liga für Menschenrechte, der über die Verhandlungen des französischen Botschafters in Berlin schon jetzt genau unterrichtet sein wollte.

Das Neueste

Der Wiener Strafrechtslehrer Prof. Dr. Graf v. Gleispach hielt Mittwoch abend an der Berliner Universität seine Antrittsvorlesung.

Gegen den Wiener Universitätsprofessor Othmar Spann ist eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden, weil er mehrfach am Dollfuß-System Kritik geübt haben soll.

In Obermaßen bei Dortmund wurde ein SA.-Mann von einem Mann niedergeschossen und seiner Geldtasche mit 12 000 RM. Lohngeldern beraubt. Der Täter entkam auf einem Fahrrad.

In der sizilianischen Provinz Caltanissetta kamen fünf Personen bei dem andauernden Unwetter ums Leben. Auf fast allen Eisenbahnlinien mußte der Betrieb eingestellt werden.

Auf dem Bahnhof Suchsdorf am Kaiser-Wilhelm-Kanal wurden in der Nacht zum Donnerstag zwei Eisenbahnbeamte, ein Schaffner und der Stationsvorsteher von einem Zuge überfahren und sofort getötet.

Terror an der Saar

Gegen sozialdemokratische Geschäftshäuser

Auf die Geschäftsstellen des Verlages der Volksstimme in Dudweiler und Neunkirchen wurden Attentate verübt. In Dudweiler drangen die Täter in die Geschäftsstelle ein und durchwühlten alle Behältnisse. In Neunkirchen wurde gegen 8 Uhr früh die große Scheibe durch Steinwürfe zertrümmert. Auch zwei Schüsse wurden abgegeben. Die Polizei fahndet nach den Tätern. Es scheint, daß die Täter von Dudweiler mit den von Neunkirchen identisch sind und alle von einer zentralen Stelle dirigiert wurden.

Die verunglückte Beweisaufnahme

Die letzten Zeugen und Gutachter treten auf

52. Verhandlungstag

Lubbe will das Urteil

Leipzig, 6. Dez. Für die heutige Verhandlung sind die letzten Zeugen geladen, insgesamt noch 12. Der größte Teil der Zeugen betrifft den Komplex der aus Guben vernommenen Zeugen, die ihre früheren Angaben zum Teil bestritten haben. Zu der Anwendung des Putzmittels Sangajol im Reichstage sollen der Hausinspektor Scranowitz, die Leiterin der Reinmachefrauen im Reichstag und der Sachverständige Dr. Schatz (Halle) gehört werden. Da außer diesen 12 Zeugen auch die medizinischen Sachverständigen noch zum Wort kommen müssen, ehe die Beweisaufnahme geschlossen werden kann, ist es noch nicht ganz sicher, ob die Absicht, heute die Beweisaufnahme zu schließen, durchgeführt werden kann.

Nach dem Zeugenaufruf erhebt sich der Angeklagte van der Lubbe und erklärt: Ich habe gehört, daß in ein paar Wochen erst das Urteil kommen wird.

Der Vorsitzende erklärt, daß voraussichtlich heute der letzte Verhandlungstag sei. Dann folgten nach kurzer Unterbrechung die Ausführungen der Reichsanwaltschaft, der Verteidigung und der Angeklagten, und dann würden wenige Tage nur vergehen, bis das Urteil gesprochen werden könne.

Dimitroff wird wieder einmal ausgeschlossen

Als nach Verlesung einiger Aktenstücke der Angeklagte Dimitroff heftige Angriffe gegen die deutsche Presse richtet und sich auch in polemischen Aeußerungen gegen Beamte und die Reichsanwaltschaft ergeht, entzieht ihm der Vorsitzende das Wort. Dimitroff macht darauf erneut erregte Zurufe nach dem Richtertisch hin. Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende als Senatsbeschluß, daß Dimitroff beim nächsten geringsten Anlaß aus der Sitzung ausgeschlossen werden soll.

Nach einer längeren Pause teilt der Vorsitzende mit, daß der Senat die zahlreichen neuen Beweisanträge des Angeklagten Dimitroff abgelehnt hat. Nur der bulgarische Dolmetscher soll noch über einige Punkte vernommen werden.

Ein Geheimrat zweifelt nicht an der Zurechnungsfähigkeit Lubbes

Die Beweisaufnahme wird dann mit Anhörung der medizinischen Sachverständigen fortgesetzt. Geh.-Rat Dr. Bonhöffer-Berlin betont, daß Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten van der Lubbe nicht vorliegen. Ueber die Beurteilung der Persönlichkeit des Angeklagten van der Lubbe erklärt der Sachverständige u. a., daß es sich um einen zu Disziplinverstößen neigenden Menschen handelt, der eingeengt durch kommunistische Gedankengänge ein gewisses Geltungsbedürfnis zeige. Bei seinem Verhalten zu Beginn der Leipziger Verhandlung handelte es sich um einen Zustand, der aus der „bewußten Zurückhaltung", die bei ihm eine Rolle spielt, hervorgeht und durch einen körperlichen Schwächezustand noch kompliziert wurde, der sich dann im Laufe der Berliner Verhandlung behoben hat. Der Sachverständige kommt zu dem Ergebnis, daß sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Lubbe bei Begehung der Tat geisteskrank war oder den Paragrafen für sich in Anspruch nehmen kann.

Der Vorsitzende fragt den Sachverständigen, wie er sich den plötzlichen Wandel in der Haltung van der Lubbes während des Prozesses erkläre. Wochenlang habe der Angeklagte apathisch mit vornübergeneigtem Kopf dagesessen und eines Morgens sei er plötzlich in aufrechter Haltung erschienen und habe dann auch geredet. Der Sachverständige antwortet, die Haltung van der Lubbes sei nicht die eines Geisteskranken. Man könne auch nicht von Verstellung in gewöhnlichem Sinne sprechen. Die bewußte Zurückhaltung und Trotzreaktion, die er während der Voruntersuchung gelegentlich zeigte, wenn ihm etwas nicht paßte, habe er in den ersten Wochen der Hauptverhandlung andauernd und fortgesetzt beobachtet.

Reichsgerichtsrat Rusch wirft die Frage auf, ob nicht die wochenlang von van der Lubbe eingenommene Stellung mit ganz tiefgesenktem Kopf „für ihn so anstrengend" gewesen sei, daß er es einfach eines Tages nicht mehr aushielt und deshalb den Kopf wieder hochhob. Der Sachverständige meint, das könne z. T. zutreffen. Dazu komme aber bei der Veränderung seiner Haltung ein affektiver Umschwung

Privatdozent Dr. Zutt-Berlin fügt dem Gutachten von Prof. Bonhöffer hinzu,

daß es sich bei dem Verhalten des Angeklagten van der Lubbe um einen ganz verständlichen Verlauf handele. Alles, was in ihm vorgegangen sei, sei nichts anderes als die Reaktion eines ungewöhnlichen Menschen auf eine ganz ungewöhnliche Situation. Es sei nirgends während der Untersuchung etwas vorgekommen, was unlösbare Rätsel im Verhalten van der Lubbes aufgegeben hätte. An der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten z. Z. der Begehung der Tat habe er keinen Zweifel.

Auch Obermed.-Rat Dr. Schütz, Leipzig

vertritt die Ansicht, daß das Zustandsbild des Angeklagten während der Verhandlung im wesentlichen eine Verteidigungshaltung war. Der Wechsel seines Verhalten am 23. November sei einfach dadurch zu erklären, daß er eine andere Verteidigungshaltung eingenommen habe. Es bestünden an der Zurechnungsfähigkeit van der Lubbes z. Z. der Tat keine Zweifel. Er sei auch heute zurechnungsfähig und vollkommen geistig gesund.

Die medizinischen Sachverständigen werden dann entlassen.

„Sangajol," das Putzmittel

Die Verhandlung wendet sich dann der in den letzten Tagen aufgeworfenen Frage zu, ob das im Reichstag verwendete Putzmittel „Sangajol" die Ausbreitung des Feuers im Plenarsaal sehr begünstigt haben könne. Der als Zeuge dazu vernommene Hausinspektor Scranowitz erklärt u. a.: Wir haben das Sangajol nur zur Verdünnung von Bohnerwachs verwandt, weil eine solche Mischung praktischer und billiger war als flüssiges Bohnerwachs. Zum Abreiben der Möbel im Plenarsaal wurden nur sehr wenig Bohnermasse genommen und die Füße von Gestühl des Plenarsaales wurden im Jahre nur etwa zweimal abgerieben. Der Boden des Plenarsaales wird hiermit nicht gebohnert, weil er mit Teppichen belegt ist. Zum letzten Male sind im Plenarsaal die Tische und Stühle mit der Masse abgerieben worden im Herbst 1931 (Heiterkeit). Der Zeuge überreicht dem Vorsitzenden ein Stück Holz, das er auf der einen Seite mit der Sangajol-Bohnermasse eingerieben hat. Er erklärt dazu, er habe an beiden Seiten Brandproben gemacht, und dabei habe sich herausgestellt, daß die mit dem Sangajol eingeriebene Seite viel schwerer anbrannte als die andere (Heiterkeit).

Nunmehr äußert sich der Sachverständige Dr. Schatz zu der Frage der Verwendung des Putzmittels Sangajol. Er schildert die Zusammensetzung und erklärt, dieses Sangajol habe die Eigenschaft, ebenso wie die Schwerbenzine, nach einer gewissen Zeit zu verdunsten. Es bleibe ein geringer Rückstand zurück, der aber nach einiger Zeit vollkommen austrockne und nicht mehr zu einer Gasbildung neige.

Die Behauptung, daß sich durch den ständigen Gebrauch dieses Putzmittels auf den Möbeln eine Kruste bilde, aus der sich beim Erhitzen Gase entwickeln, die durch eine Flamme in Brand gesetzt werden können, bezeichnet der Sachverständige als völlig abwegig. Er fährt fort: Unsere Versuche haben bestätigt, daß Sangajol, auf Eichenholz ausgeschüttet, schon nach dreieinhalb Stunden überhaupt keine nennenswerten Rückstände mehr zurückläßt, vor allem keine Rückstände, die zur Gasbildung neigen. Man ist nicht in der Lage, mit einem Streichholz oder einer Kerze solche getränkten Bretter in Brand zu setzen. Es steht so betont Dr. Schatz mit völliger Sicherheit fest, daß im Plenarsaal eine ganz erhebliche Menge brennbarer Flüssigkeit abgebrannt ist. Der ganze Ablauf des Brandes spricht allein dafür. Ich bleibe unverändert bei meinem Gutachten. Ich habe keine Theorien aufgestellt, sondern mein Gutachten gründet sich auf positive Feststellungen.

Der Sachverständige nimmt dann vor dem Richtertisch Brandproben vor, indem er rohes und geheiztes Eichenholz, die mit Sangajol getränkt sind, über eine brennende Kerze hält. Es wird dabei festgestellt, daß diese Stücke nicht Feuer fangen. Er gießt dann Sangajol über ein Stück Holz und zündet es an. Hierbei zeigt sich, daß das Sangajol mit ruhiger Flamme in einigen Minuten verbrennt, daß das Holz nicht Feuer fängt.

Noch einmal Gutachten über „Peters" Quittung

Auf Antrag des Oberreichsanwalts wird dann Dr. Schatz in seiner Eigenschaft als Schriftsachverständiger darüber gehört, ob die bei Popoff beschlagnahmten Quittungen mit der Unterschrift „Peter" von dem als Zeugen vernommenen Werner Hirsch stammen. Sachverständiger Dr. Schatz: Im Vorverfahren habe ich die Quittungen des Popoff und die des Hirsch verglichen. Es sind zwar einige Abweichungen vorhanden, aber bezeichnend für die Identität sind die Größenverhältnisse, die Druckverbindungen, die An- und Abstriche. Das inzwischen eingegangene neue Material habe ich leider erst spät bekommen.

Der Vorsitzende bittet den Sachverständigen, noch einmal die Handschriften genau zu prüfen und vor den Plädoyers das abschließende Gutachten zu erstatten.

Der Techniker Krüger wird dann über die Frage des Funktionierens des Haustelefons im Reichstagsgebäude befragt. Er erklärt, daß die Apparate in Ordnung gewesen seien. Ueber das Geräusch, das der Garderobediener Kohls bei seinem vergeblichen Anrufversuchen im Apparat gehört haben will, lasse sich keine Klarheit schaffen.

Der Gerichtsassessor Peiri aus Guben wird als Zeuge über die Unstimmigkeiten vernommen, die sich bei den Zinzendorfer Zeugen vorgestern zwischen ihren früheren und jetzigen Aussagen ergeben haben. Der Zeuge bekundet, die Leute hätten ihre Aussagen ganz ungezwungen machen können. Er habe ihnen nur erklärt, daß sie die reine Wahrheit sagen müßten.

Beweisaufnahme geschlossen

Nach Vernehmung weiterer Zeugen, die jedoch keine wesentlichen Bekundungen mehr machen können, erklärt der Vorsitzende, daß die Beweisaufnahme beendet sei, wenn keine Beweisanträge mehr gestellt werden. — RA. Dr. Sack erklärt, daß er und der Angeklagte Torgler auf jeden weiteren Beweisantrag verzichteten. Das Gericht zieht sich dann zurück um über den Zeitpunkt der Plädoyer Beschluß zu fassen.

Nach längerer Beratung teilt der Vorsitzende mit, daß die Beweisaufnahme bis auf das Schlußgutachten, das Dr. Schatz über die Peter-Quittungen vor den Plädoyers erstatten will, geschlossen ist.

Der Vorsitzende beraumt die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 13 Dezember, vormittags 10 Uhr, an.

Kein Mediziner mehr

(Inprekk.) Herr „Professor" Södermann, der über van der Lubbe bekanntlich ein „ärztliches Gutachten" abgab, reitet in einem neuen Sattel: er hat sich als Schriftsachverständiger an dem Zettel, der auf dem beschädigten Grab von Görings Frau zurückgelassen wurde, versucht. Er hat natürlich auch bereits den Urheber genannt. Sein wissenschaftliches Ergebnis ist so zuverlässig, daß, wie es heißt, „die Untersuchung fortgesetzt wird".

Der blamierte Oberreichsanwalt

Seine Zeugen unglaubwürdig — Die Behauptungen über Dimitroff erlogen

Die gleichgeschalteten Berichte unterschlagen aus der Verhandlung am Mittwoch folgende Partien:

Eingangs der Verhandlungen werden

Gutachten über den Zeugen Grothe

verlesen, der von der Anklage als Kronzeuge zitiert worden war. Grothe hatte phantastische Sachen ausgesagt, so auch über 400 Meter Zündschnur, die Torgler zugestellt worden seien. Grothe wird in den Gutachten als Psychopath bezeichnet, der wegen seiner hysterischen Anfälle als militärdienstfrei erklärt wurde. Er kann kaum als zurechnungsfähig bezeichnet werden. (Was ihn übrigens vor einem Verfahren wegen Meineides rettet).

Ein ähnliches Schicksal hinsichtlich seiner Glaubwürdigkeit ereilt hierauf den

Belastungszeugen Kämpfer,

von dem eine hübsche Reihe schwerer Verbrechen von 1907 bis 1933, darunter Strafen mit fünf Jahren Zuchthaus, verlesen werden. Kämpfer hat jeweils alle Delikte bestritten, bis er überführt werden konnte. Schließlich wird noch auf Wunsch die

Zeugenaussage Lebermann

„demoliert". Zusammenfassend lautet das Urteil über diesen ganz schweren Belastungszeugen: hochgradig psychopathisch, erhebliche Bedenken in die Glaubwürdigkeit des Mannes, alles Urteile von kompetenter medizinischer Seite!

Aus einem Brief, den Lebermann aus dem Gefängnis schmuggeln ließ, ergibt sich weiter, daß Lebermann von sich selbst sagt, er habe ein chronisches Magenleiden, eine Angabe, die umso interessanter wirkt, als Lebermann behauptet hat, er habe von Torgler einen Stoß in den Magen bekommen, so daß er Magenbluten bekam. Lebermann verlangt in jenem Brief auch von seiner Frau Morphium (über Göring).

Der Oberreichsanwalt läßt die Glaubwürdigkeit Lebermanns nicht restlos zerstören. Er habe noch unlängst in Hamburg ein Attentat vorausgesagt, das dann auch ausgeführt worden sei. — „Ich beuge mich zunächst der Autorität des Staates", stellt Dr. Sack mit sarkastischem Lächeln fest.

Verlesen wurde auch ein

amtliches bulgarisches Dokument,

wonach Georgi Dimitroff mit dem Urheber des Attentats auf die Kathedrale von Sofia, Stefan Dimitroff, nichts zu tun hat.

„Hören Sie das?" ruft Dimitroff zum Oberreichsanwalt hinüber.

„Ich habe das nie behauptet," erwidert Dr. Werner. — „Aber gegen mich hat man in der deutschen Presse eine ungeheure Hetze entfaltet. Monatelang hat sie sich dabei auf die Untersuchung gestützt. Immer wurde gesagt, ich sei der Drahtzieher des Attentats gewesen. Die Stimmungsmache diente dazu, die Leser davon zu überzeugen, daß ein solcher Attentäter auch Reichstagsbrandstifter ist. Hoffentlich ist die deutsche Presse auch so anständig, diese Feststellung zu veröffentlichen!"

„Jetzt ist es genug!" bremst der Vorsitzende.

Der Oberreichsanwalt

weist die Behauptung, als ob die Pressemeldungen von der Untersuchungsbehörde ausgegangen seien, zurück. — „Auch die Ausdrücke „Stimmungsmache", „Hetze" usw. weise ich als durchaus unangebracht, ungehörig und unrichtig zurück. Zunächst bestand der Verdacht, daß Dimitroff auch mit dem Attentat in Sofia zu tun habe." — Dimitroff wirft, da er das Wort nicht erhält, dem Oberreichsanwalt nur einen langen wilden Blick zu.

Dr. Teichert erinnert kurz daran, daß in Berlin

ein dritter Dimitroff,

ein Theodor Dimitroff, lebte, der ebenfalls bei der Roten Hilfe verkehrte. — Der Obereichsanwalt sagt, er hege keinerlei Zweifel daran. Es hätten sich nämlich bei ihm über zehn Dimitroffs gemeldet. Das zeige, daß es viele Dimitroffs geben müsse.

Schutz den „Nein"-Sagern

Nur ein Brief — Verspätet und nicht ernst gemeint

Der Reichsinnenminister hat die Landesregierungen in einem Brief gebeten, darauf hinzuwirken, daß jede Maßnahme unterbleibt, die auf eine Feststellung der Nichtwähler oder Nein-Sager hinausläuft. Der Minister hat auch die Reichsleitung der NSDAP. verständigt.

Von verschiedenen Seiten ist nämlich angeregt worden, die stimmberechtigten Personen festzustellen, die am 12. November mit Absicht der Wahlurne ferngeblieben sind. „Angesichts der Tatsache" — so heißt es jedoch in dem Schreiben des Reichsinnenministers —, „daß das deutsche Volk sich am 12. November mit einer überwältigenden Mehrheit zu seinem Führer Adolf Hitler und zu den von der Reichsregierung verfolgten Zielen bekannt hat, erscheint mir eine nachträgliche Feststellung der Nichtwähler als eine kleinliche und unnötige Maßnahme. Das gleiche gilt hinsichtlich der mehrfach vorgeschlagenen Feststellung der Personen, die sich einen Stimmschein haben ausstellen lassen und trotzdem von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Mögen alle diese Personen wie die Nein-Sager es mit sich selbst abmachen, daß sie sich am Schicksalstag der deutschen Nation bewußt außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt haben."

Der preußische Innenminister hat diese Auffassung zu der seinigen gemacht, indem er allen preußischen Behörden das Schreiben des Reichsministers zur Kenntnis und Beachtung zugestellt hat.

Dieser bürokratische Brief wird von der SA., die landauf und landab Oppositionelle mißhandelt und angeprangt hat, nicht sonderlich stören.

Die Hungerpeitsche

Demoralisierung durch Denunziantentum

Der preußische Finanzminister hat, zugleich im Namen des preußischen Ministerpräsidenten und sämtlicher Staatsminister, an die nachgeordneten Behörden aller Zweige der preußischen Staatsverwaltung folgenden Runderlaß gerichtet:

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Beamte bei der Ausfüllung des Fragebogens, der auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums auszufüllen ist, die Frage nach ihrer früheren Parteizugehörigkeit falsch beantwortet, ihre frühere Parteizugehörigkeit verschwiegen und andre falsche Angaben gemacht haben, um einer sonst möglichen Entlassung oder Zurückstufung aus den Paragrafen 2 bis 4 des Gesetzes vom 7. April 1933 vorzubeugen. Da es sich dabei um dienstliche Angaben handelt, hat die vorgesetzte Dienstbehörde in manchen Fällen gegen die Beamten ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet, während andere Stellen nichts veranlaßt haben sollen.

Um einen gleichmäßigen Vollzug des Gesetzes zu sichern, ist entsprechend dem Vorgehen des Reichs in allen derartigen Fällen gegen schuldige Beamte im Dienststrafverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung vorzugehen.

Die Gemeinden (Gemeindeverbände) sowie die Körperschaften des öffentlichen Rechts werden ersucht, in allen Fällen den zur Einleitung des Dienststrafverfahrens zuständigen Behörden zu berichten, die das weitere zu veranlassen haben.

Korporationen, Stände und Monopole

Zünftige Verkleidung für modernste Raubwirtschaft

Die Faschisten reden gern und viel von den Korporationen, den Ständen. Freilich, in Italien sind die Faschisten im 11. Jahr ihrer Herrschaft eben erst dabei, diese berühmten Korporationen endgültig zu organisieren, und trotz des großen Geschreis, in das der Duce selbst mit einstimmt, handelt es sich um verdammt wenig Wolle. Im Grunde genommen werden die bestehenden Organisationen in Zwangskörperschaften umgewandelt, deren Leitung entweder die herrschende Staatsmacht für sich usurpiert hat, eingesetzt oder ihr unterstellt wird.

Der faschistische „Ständestaat" aber ist Lug und Trug; er ist nicht, wie die faschistischen Staatstheoretiker weismachen wollen, eine Neuschöpfung des ständischen Staates des Hochmittelalters, eine Verwirklichung einer wahren, organisierten Demokratie, sondern gerade das Gegenteil: die Ergänzung des staatlichen durch den gesellschaftlichen Absolutismus, eine wahre totale Despotie. Denn

im Mittelalter waren die Stände die selbständigen Träger der Staatsmacht;

sie waren aus der einmal gegebenen Gesellschaftsordnung heraus organisch entstanden; die Staatsgewalt war von den herrschenden Ständen abhängig, wurde von ihnen gebildet und bis zu einem gewissen Grade kontrolliert, wobei allerdings die Massen des Volkes, die hörigen Bauern, entrechtet waren. Aber auch sie standen nicht unmittelbar unter der Staatsgewalt, sondern unter der Gewalt des Standes der Adligen, weshalb es, nebenbei gesagt, Unsinn ist, von mittelalterlichen Zuständen als von demokratischen zu sprechen, wie es die Verherrlicher des Mittelalters neuerlich so gerne tun.

Die mittelalterlichen Stände hatten auch weitgehende selbständige hoheitliche und Verwaltungsbefugnisse. Auch das Bürgertum in den mittelalterlichen Städten, in denen es zur Blütezeit kaum ein völlig besitzloses Proletariat gab, übte die Verwaltung sowohl im politischen als namentlich auch in den gewerblichen Angelegenheiten selbständig aus. Das alles bedeutete eine außerordentliche Schwäche und Beschränkung der mittelalterlichen Staatsmacht, ganz das Gegenteil eines totalen Staates.

Die kapitalistische Entwicklung hat die Stände radikal zerstört.

Sie hat durch die Geldwirtschaft erst die Schaffung der modernen Bürokratie und Armee ermöglicht; dadurch hat sie im Zeitalter des Absolutismus die politische Macht der herrschenden Stände zugunsten der erst jetzt sich verselbständigenden Staatsmacht gebrochen und ökonomisch die Stände in Klassen verwandelt. Zur Vertretung ihrer Klasseninteressen haben sich die verschiedenen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft auf Grund der Koalitions- und Versammlungsfreiheit zur Vertretung ihrer Klasseninteressen die freien Organisationen geschaffen, durch die sie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl wie auf die Staatsmacht ihren Einfluß ausübten. Diese Entwicklung hatte mit der Entwicklung der monopolistischen Tendenzen im Hochkapitalismus so großen Umfang angenommen, daß man mit Recht von dem neuen Zeitalter der Organisationen sprechen konnte.

Dieser vorhandenen, in ihren politischen und gesellschaftlichen Funktionen so bedeutsamen Organisationen bemächtigte sich nun die faschistische Staatsmacht. Die „Gleichschaltung" bedeutet nicht etwa eine neue Staatsform, die sich auf diese Organisationen, die die Faschisten jetzt zu „Korporationen" ernennen, gründet, die Staatsmacht wird jetzt nicht zur Exekutive der Organisationen, sondern umgekehrt,

die früher freien Organisationen werden in Ausführungsorgane und Werkzeuge der Staatsallmacht umgewandelt.

Das die wahre Demokratie zu nennen, ist eine Propagandalüge, die Göbbels dem Mussolini nachspricht.

Die Wirkungsweise der Organisationen hängt also im totalen Staat, solange seine Macht noch unerschüttert ist, ganz von der Regierung ab. Deren wirklicher Charakter enthüllt sich in dem Spielraum, den sie den Organisationen läßt, und in der Auswahl der Organisationen, denen sie die Verfolgung ihrer Ziele gestattet.

Nun ging das Ziel der bürgerlichen wirtschaftlichen Organisationen in der letzten Phase der kapitalistischen Entwicklung nach größtmöglichster Marktbeherrschung, nach Schaffung monopolistischer Macht. Dies Ziel hatten nicht nur die Großindustriellen im Auge, sondern gerade auch die kleinbürgerlichen Schichten. Ihre Innungen, für die sie mit immer steigendem Nachdruck staatlichen Zwangscharakter forderten, waren in der Praxis trotz entgegenstehender Bestimmungen immer mehr Preis- und Konditionenkartelle geworden, zum Teil mit großem Erfolg. Und ähnliche Tendenzen verfolgten die Händlerkreise, die ebenfalls auf Ausschluß oder wenigstens Einschränkung der freien Konkurrenz auf gesetzlichem Wege oder mit organisatorischen Machtmitteln hindrängten.

Es ist nun für den sozialen Charakter der nationalsozialistischen Regierung so überaus kennzeichnend, daß sie die Monopolbestrebungen der bürgerlichen Organisationen nicht nur frei gewähren läßt, sondern ihre eigene Wirtschaftspolitik ganz darauf einrichtet. Sie hat das vorgefundene Kartellgesetz, das die Ueberwachung der Kapitalmonopole durch den Staat vorsah, durch eine kleine, aber inhaltsschwere Aenderung, die

dem Wirtschaftsminister das Recht gibt, Zwangskartelle zu schaffen,

zu einem ungeheuren wirksamen Antrieb zur Kartellierung gemacht. Dies geschah nicht nur dadurch, daß der Minister die Außenseiter zum Beitritt zwang und dadurch erst das Zustandekommen des Kartells herbeiführte (Papier, Draht, Pappe usw.); bedeutungsvoller ist noch, daß die bloße Drohung, sich an den Minister zu wenden, namentlich wenn sie von „nationalsozialistischen" Industriellen ausgesprochen wird, genügt, um den Widerstand von Außenseitern auszuschalten. So vergeht denn auch kein Tag mehr, an dem nicht der Abschluß eines neuen Kartells gemeldet wird.

Diese Bewegung beschränkt sich aber durchaus nicht auf die Großindustrie. Immer wieder kann man Notizen wie die folgende lesen:

Im Zuge der Vorbereitung des ständischen Aufbaues und der damit verbundenen Vereinheitlichung der industriellen Organisationen hat sich unter Zusammenschluß der bisherigen zentralen Verbände der Wäscheindustrie, des Verbandes deutscher Herrenwäsche-Fabrikanten, des Verbandes deutscher Damenwäsche-Fabrikanten, des Verbandes deutscher Fabrikanten von Schürzen, Unterkleidern und Kinderbekleidung, des Verbandes der Fabrikanten konfektionierter Weißwaren, Rüschen, Kinderhüte und verwandter Artikel ein Einheitsverband unter dem Namen Verband der deutschen Wäscheindustrie gebildet. Zu seinem Führer wurde Dr. Grohmann i. Fa. Schäffer u. Vogel, Bielefeld, gewählt.

In derselben Zeitungsnummer liest man von dem Generalabkommen, das zwischen Kohlenproduktion und Kohlenhandel abgeschlossen wird. Die Kohlenproduzenten verpflichten sich, in Zukunft nur mit den in das Register des Kohlenhandels eingetragenen Firmen Handel zu treiben. So wird ein vollkommenes lückenloses Monopol nicht nur für die Produktion durch das Zwangskartell, sondern auch die monopolisierte Produktion für den Handel geschaffen, denn

das Register ist gesperrt, das Entstehen neuer Konkurrenz unmöglich.

Solche „Fachschaften" und „Einheitsverbände" werden „im Zuge des ständischen Aufbaues jetzt unaufhörlich geschaffen. Sie enthüllen den wirklichen Sinn des „Ständestaates" und die Begeisterung, die alle bürgerlichen Schichten für den „Aufbau des korporativen Staates" erfaßt hat: die ganze totale Staatsmacht organisiert das kapitalistische Monopol, sie sichert und steigert den Profit auf Kosten der Konsumenten.

Zugleich enthüllen diese Vorgänge gewisse Illusionen über die „antikapitalistische" Bewegung. Gewiß hat Hitler seine Versprechungen gebrochen und den Mittelstand enttäuscht. Soweit die antikapitalistische Bewegung gegen das Großkapital in Banken und Industrie gerichtet war und sich darin mit Tendenzen der Arbeiterklasse zu berühren schien, ist sie auch unter nationalsozialistischer Herrschaft zur Kapitulation gezwungen worden. Aber die Mittelschichten erhalten eine Kompensation, indem ihnen ebenso wie dem Großkapital der Konsument ausgeliefert wird.

Natürlich bedeutet diese Wirtschaftspolitik eine fortschreitende Teuerung

und selbst in der gleichgeschalteten Presse häufen sich in auffallender Weise die beweglichen Klagen. Die wirkliche Macht liegt ausschließlich in den Händen der „Normalisierer", der Krupp und Thyssen und ihrer Treuhänder. „Eingriffe" in die Wirtschaft haben sie streng verboten, und sie denken ebensowenig daran, die industriellen Preissteigerungen zu hindern, wie der Darre den agrarischen Einhalt gebieten will. Und dabei ist es gar nicht mal wahr, daß auch nur die Nominallöhne gleich geblieben sind. In einer langen Schönfärberei muß sogar die „Frankfurter Zeitung" schließlich zugeben, daß die Löhne bis Februar 1933 ständig gesunken sind. Im Februar 1932 betrug das Lohnaufkommen noch 68,17 Millionen gegen 58,60 im Februar 1933. Die Tariflöhne zeigten dann aber noch weiter bis April/Mai sinkende Tendenz.

Soweit das Geständnis. In Wirklichkeit besteht infolge der Ohnmacht der Gewerkschaften überhaupt nicht die geringste Kontrolle über die Einhaltung der Tarifverträge. Es ist sicher, daß das Einkommen der Arbeiterklasse von der Zange erfaßt ist: Preissteigerung der Waren, namentlich der Lebensmittel einerseits, sinkende Löhne anderseits. Und das kann auch nicht anders sein bei einem System, dessen Inhalt die Ausdehnung der Monopolwirtschaft ist, dessen Staatsmacht rücksichtslos in dem Dienst der kapitalistischen Interessen steht, während gleichzeitig jede Gegenwirkung der Arbeiterschaft aufgehoben ist. Der Ständestaat, der politisch nur die kaum verhüllte Tarnung der nationalsozialistischen Parteidiktatur ist, enthüllt sich so ökonomisch als Verschmelzung und Summierung der großkapitalistischen mit den mittelständlerischen Ausbeuterinteressen.

Dr. Richard Kern.

Schlesische Elendsrufe

Hungerkampf der Bergleute

Während in Oberschlesien 1931 durchschnittlich 49 000 Bergleute in Arbeit standen, waren es im vorigen Jahre 38 500 und jetzt nur rund 36 000. In Niederschlesien arbeiteten 1931 20 000 Bergarbeiter, 1932 rund 17 200, 1933 — soweit die Ziffern bisher vorliegen — nur 16 500. Die durchschnittlichen Förderziffern haben sich nicht, die Abtragzahlen gingen — vor allem im Waldenburger Revier — um einiges zurück.

Man hat es manches Mal dem schlesischen Bergbau verdacht, daß er keine Möglichkeiten für Beschäftigungsvermehrung fand. Man glaubte sie auf dem Wege weiterer Arbeitsstreckung zu sehen und wies dabei auf westdeutsche Vorbilder hin. Die Rücksicht auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft konnte jedoch bei bestem Willen solche Versuche nicht zulassen. Der oberschlesische Vollhauer verdient einschließlich seiner Familienzulagen nach Abzug der sozialen Lasten bei 22 Schichten im Monat rund 135 RM.

Der Ueberlagearbeiter kommt in Oberschlesien sogar nur auf 81,40 RM. monatlich! Noch erheblich schlimmer ist es um den Waldenburger Bergarbeiter bestellt, dessen Durchschnittsverdienst, wenn man einen fünfköpfigen Familienstand annimmt, zur Zeit 82,70 RM. im Monat (Vollhauerlohn) beträgt. In dem angrenzenden Neurader Revier sind die Verdienste noch um 12% Prozent niedriger!

Nach einer umfangreichen Untersuchung der Wohlfahrtsbehörden beträgt dabei im Waldenburger Revier das Existenzminimum einer fünfköpfigen Familie zur Zeit 129 RM. Das ist gerade soviel, wie der oberschlesische Kollege verdient, der allerdings noch höhere Lebenshaltungskosten hat. Die erschreckende Niedrigkeit des Einkommens des Waldenburger Bergmanns erklärt sich zum Teil daraus, daß er bereits im Jahre 1931 im Interesse der arbeitslosen Kameraden sich mit der Einführung des Turnusurlaubssystems einverstanden erklärte, was ihm durchschnittlich ein Opfer von 20 RM. im Monat auferlegte.

Man kann also im schlesischen Bergbau nicht nach anderswo vielleicht möglichen Rezepten arbeiten; man kann die Zahl der verfahrenen Schichten nicht noch weiter verringern. Schon heute deckt sich in Waldenburg manches Mal der Arbeitsverdienst mit den Sätzen der Wohlfahrtsunterstützung. Man wird im Gegenteil alles daran setzen müssen, um die unerträglichen Zustände hier zu bessern.

Auf Veranlassung der verantwortlichen politischen Instanzen hat sich die Reichsbahn jetzt bereiterklärt, ihr schlesisches Kontingent um 10 Prozent zu steigern. Das bleibt aber vorläufig ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Erleichterungen, die man dem gesamtdeutschen Bergbau durch Transportverbilligung, insbesondere durch Frachtermäßigungen für die Kohlenausfuhr, neuerdings verschafft hat, bleiben in Schlesien ohne Wirkung. Die Ausfuhrfracht von Oberschlesien nach Stettin beispielsweise ist um 0,25 RM. je Tonne herabgesetzt worden, aber nur für die Mengen, die über 70 000 Tonnen jährlich hinausgehen. Oberschlesien hat im letzten Jahr 87 000 Tonnen über See ausgeführt. Die letzige Frachtsenkung würde demnach für das gesamte Revier nur eine Kostenermäßigung von insgesamt 4300 RM. bringen.

Um dem Konkurrenzkampf der einzelnen Bergbaugebiete ein Ende zu machen, sind zur Zeit Vorarbeiten für eine Umgestaltung der deutschen Kohlenwirtschaft im Gange. Man scheint einschneidende Bestimmungen über die Abfuhrregelung für alle Syndikate auf der Grundlage einer gemeinschaftlichen Beteiligung.

Das Land ohne Krise

Palästinas Aufschwung – Orangen und Industrialisierung

Deutschland zweitbester Abnehmer

Die Unruhen, die aus Palästina gemeldet werden, haben mehr bevölkerungspolitische als wirtschaftliche Ursachen. Einer Bevölkerung von 850 000 Arabern steht eine solche von nur 250 000 Juden gegenüber. Dieser zweite Bevölkerungsteil ist in der Ausbreitung begriffen. Von der Krise spürt man in Palästina weniger als in den meisten Teilen der Welt.

Das Budget der palästinensischen Mandatsregierung dürfte mit seinem günstigen Ergebnis bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftsdepression wohl einzig dastehen.

Die Einkünfte der Mandatsregierung stammen zu 30 Prozent aus agrarischen Abgaben und indirekten Verbrauchsabgaben, mit anderen Worten, zum wesentlichen aus den Taschen der arabischen Bevölkerung, die das Hauptkontingent der landwirtschaftlichen Bevölkerung stellt. 40 Prozent der Einkünfte kommen aus den Einfuhrzöllen und weitere 10 Prozent aus den Einnahmen der Post. Insgesamt sind im Finanzjahr 1932/33 8,02 Mill. Pfund eingenommen worden. Das sind 961 000 Pfund mehr als im Vorjahre.

Diesen Einnahmen gegenüber stehen Ausgaben von 2,52 Mill. Pfund, so daß sich ein sehr beträchtlicher Ueberschuß ergibt.

Zusammengerechnet mit den früheren Ueberschüssen hatte die Mandatsregierung am 1. April 1933 1,29 Mill. Pfund zur freien Verfügung. Es ist gegenwärtig nicht einzusehen, und darüber wird weiter unten noch zu sprechen sein, warum die wirtschaftlich ansteigende Konjunktur nicht anhalten und damit die Finanzverhältnisse für die Mandatsregierung nicht gleich günstig bleiben sollten. Es muß aber gleichzeitig betont werden, daß für die Regierung noch manche Pflichten zu erfüllen sind. So benötigt insbesondere das Schulwesen, aber auch das Krankenhauswesen Ausbauten.

Von den Einwanderern geht nur ein kleiner Teil in die Landwirtschaft.

Ein großes Kontingent sind Handwerker und kaufmännische Angestellte. Ein Viertel der Einwanderung bringen Kapital mit. Sie verteilen ihre Gelder auf die drei wesentlichen Banken des Landes. Das Gesamtkapital dieser drei palästinensischen Banken beläuft sich heute auf rund 7 Mill. Pfund. Die Ausleihung bei einem Zinsfuß von 6 bis 8 Prozent erfolgt nur unter außerordentlich vorsichtigen Bedingungen, um zu vermeiden, daß der augenblickliche Wirtschaftsaufschwung des Landes auch nur den Anschein eines Booms bekommt bzw. daß noch einmal ein derartig katastrophaler Rückschlag eintritt wie im Jahre 1926.

Die Kapitalanlage geschieht bisher zum größten Teil im Orangenbau.

Die Orangenzucht ist mit 70prozentigem Anteil aus der Gesamtausfuhr einer der wesentlichsten Exportartikel. Der Ausbau des Orangenbaus hat in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen. Wenn wir ihn mit einigen Ziffern skizzieren wollen, so soll man notieren, daß 1929 1,72 Mill. Kisten, 1930 2,86 Mill. Kisten, 1931 2,62 Mill. Kisten, 1932 3,52 Mill. Kisten exportiert wurden. Das Ergebnis dieses Jahres wird vorläufig auf 5 Mill. Kisten beziffert. Aehnlich hat sich die Ausfuhr der Grapefruits gesteigert. Im Vorjahre wurden 150 000 Kisten exportiert, für dieses Jahr erwartet man den Export von 500 000 Kisten.

Die Kapitalausleihung ist in den letzten Jahren mehr und mehr auch der Industrie, ganz besonders aber den Bauunternehmungen zugute gekommen.

Die Einrichtung einer palästinensischen Industrie geht auf die Anfänge der Mandatsverwaltung zurück. Der schon angezeigte wirtschaftliche Rückgang im Jahre 1926 hatte noch einmal die im Aufwachsen befindliche Industrie schwer geschädigt. Heute liegen die Dinge aber so, daß sich die Textilindustrie genau wie das Brauereiwesen, wie die elektrische, die chemische Industrie ausbreitet. Gegenüber 1930 ist der Produktionswert um nahezu 40 Prozent gestiegen. Vor allem aber profitiert das Baugewerbe von diesem Aufschwung. Die Zementfabriken in Haifa, die zum Beispiel im vorigen Jahr noch angewiesen waren, zu exportieren, sind in diesem Jahr nicht einmal in der Lage, den eigenen Inlandsbedarf zu decken, so daß bereits Zement importiert werden mußte.

Die Zementeinfuhr ist gleichzeitig kennzeichnend für die gesamte Außenhandelsbilanz Palästinas. Die Gesamteinfuhr, in der Lebensmittel kaum eine Rolle spielen, vielmehr lediglich Halb- und Fertigfabrikate für den innerwirtschaftlichen Ausbau Palästinas, hatte 1931 einen Wert von 5,94 Mill. Pfund, 1932 einen solchen von 7,77 Mill. Pfund. Die Ausfuhr verzeichnet demgegenüber für 1931 eine Gesamtsumme von 1,57 Mill. Pfund und für 1932 2,38 Mill. Pfund. Mithin ergab sich ein Einfuhrüberschuß von 4,37 Mill. Pfund bzw. 5,39 Mill.

Es bleibt noch ein Wort zu sagen über die Exportrichtung: 56 Prozent des gesamten Exports gehen nach England, 14 Prozent nach Deutschland, das mit diesem Satz an zweiter Stelle der Einfuhrtabelle steht.

(„Deutsche Allgemeine Zeitung".)

Für die Freiheit der Oesterreicher

An das österreichische Volk!

Wir entnehmen der Wiener „Arbeiter-Zeitung":

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat am 16. Oktober beschlossen, einen Parteirat einzusetzen, der, aus sechzig Mitgliedern bestehend, die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Parteivertretung überwachen und zur Fassung wichtiger Beschlüsse berufen sein soll.

Wir sechzig Männer und Frauen, zu Mitgliedern des Parteirates gewählt, sind heute zum erstenmal zusammengetreten.

Wir sind keine Abgeordneten und keine Bundesräte, keine Angestellten der Partei, der Gewerkschaften oder anderer Arbeiterorganisationen. Wir sind durchweg Arbeiter und Angestellte, die aus den Betrieben und aus den Stempelstellen zu den Sitzungen kommen.

An dem Tage, an dem wir zum erstenmal zusammengetreten sind und unsere wichtige Funktion übernehmen, haben wir das Bedürfnis, einige Worte zu unseren Klassengenossen, zu den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben und in den Stempelstellen.

einige Worte zu dem ganzen werktätigen Volk Oesterreichs zu sprechen.

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohndruck bedrücken die österreichischen Arbeiter und Angestellten. Unermeßliche Not herrscht in unserem Lande.

Zur wirtschaftlichen Not hat sich politische Bedrängnis gesellt. Seit dem Sieg Hitlers in Deutschland ist auch unser Land in eine schwere politische Krise geraten.

Unsere Gegner hoffen,

die lang dauernde wirtschaftliche Not und die lang hingeschleppte politische Krise würden euch Arbeiter und Angestellte, kleinmütig und verzagt machen. Ihre Hoffnungen werden zerschellen an eurer Gesinnungstreue, an eurer Zähigkeit und Standhaftigkeit, an eurem Charakter!

Unsere Gegner hoffen, ihrem Druck auf euch werde es gelingen, unsere Partei zu spalten. Sie werden die Erfahrung machen, daß in der Stunde der Bedrängnis jeder Streit in unseren Reihen verstummt und alle Genossen und Genossinnen

einig sind in der geschlossenen Abwehr der Gefahren, die uns bedrohen.

Unsere Gegner klopfen uns, den „braven bodenständigen Arbeitern", väterlich auf die Schultern und empfehlen uns, uns von unseren „volksfremden Führern" zu trennen. (Dieselben Methoden wie im Saargebiet. D. R.) Aber je mehr sie unsere führenden Vertrauensmänner hassen, die wir uns in freier Wahl selbst eingesetzt haben, die nach unseren Beschlüssen handeln und uns verantwortlich sind, desto treuer stehen wir zu ihnen.

Unsere Gegner verheißen uns, daß Arbeiter und Angestellte auch in einer „berufsständischen Ordnung" ein Mitbestimmungsrecht in Staat und Wirtschaft genießen werden. Aber die tägliche Erfahrung zeigt uns umgekehrt, daß unser Mitbestimmungsrecht im Staat und in den Betrieben immer mehr zunichte gemacht wird.

Wofür kämpfen wir?

Wir kämpfen für die Freiheit.

Für die Freiheit eines jeden, seine Gesinnung zu bekunden und zu betätigen! Für das demokratische Selbstbestimmungsrecht des ganzen Volkes im Bunde, in den Ländern und in den Gemeinden!

Wir kämpfen für die Unabhängigkeit Oesterreichs.

Für die Unabhängigkeit unseres Landes von allen fremden Mächten — von dem faschistischen Deutschland ebenso wie von dem faschistischen Italien. Für die Neutralisierung Oesterreichs, damit unserem Lande der Friede gesichert werde und damit es, dem politischen Streite der Großmächte entrückt, in enge wirtschaftliche Verbindung mit den Nachbarstaaten treten könne.

Wir kämpfen um Arbeit.

Wir fordern die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Gewerkschaften, das den Weg weist, zweihunderttausend Arbeitslosen Arbeit zu schaffen.

Wir kämpfen um unsere sozialen Rechte.

Arbeiter und Angestellte sollen nicht rechtlose Untertanen der Betriebsherren sein. Freie Gewerkschaften und freigewählte Betriebsräte und Personalvertretungen sollen ihnen das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben sichern, in denen sie arbeiten.

Jeden Tag bedroht den Arbeiter und Angestellten die Not der Arbeitslosigkeit. Jeder Krankheitsfall in seiner Familie wird ihm zur Katastrophe. Nur Ausbau der Arbeitslosenfürsorge und der Sozialversicherung können dem Arbeiter und Angestellten sein Recht aufs Dasein sichern.

Wir kämpfen um den Sozialismus.

Es gilt, die Welt von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu befreien, in der nur um des Profits willen produziert wird und darum die Rohstoffe, die Maschinen, die Arbeitskräfte ungenutzt bleiben und verderben, sobald die Produktion nicht hinreichenden Profit abwirft. Es gilt, Arbeit und Eigentum, die der Kapitalismus getrennt hat, wieder zu vereinen, die Scheidung der Gesellschaft in gegensätzliche Klassen, deren Interessen einander feind sind, aufzuheben und dadurch die Welt von dem Klassenkampf der unvermeidlichen und unabwendbaren Folge dieser Scheidung, zu befreien. Es gilt, eine Gesellschaft zu schaffen, in der es weder Reiche noch Arme, weder Herren noch Knechte geben soll. Darum kämpfen wir um die Bodenreform, um die Aufteilung des Herrenlandes auf Landarbeiter und Bauernsöhne; die Arbeitenden auf dem Lande sollen Eigentümer des Bodens werden, den sie bearbeiten. Darum kämpfen wir um die Sozialisierung der großen Betriebe im Bankwesen, in der Industrie, in der Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr; die großen Betriebsstätten sollen Gemeineigentum aller Arbeitenden werden.

Wirft man uns vor, daß wir

den Klassenkampf führen?

Alle Klassen kämpfen für ihre Klasseninteressen und werden immer sie kämpfen, solange die Gesellschaft in Klassen, deren Interessen einander entgegengesetzt sind, gespalten bleibt. Nur die Verwirklichung des Sozialismus kann die Scheidung der Gesellschaft in einander feindliche Klassen beseitigen und dadurch dem Klassenkampf ein Ende bereiten.

Wirft man uns vor, daß wir gottlose Menschen,

Feinde der Religion seien?

Es sind Freidenker, es sind aber auch gläubige Christen in unseren Reihen. Wenn viele Arbeiter dem Christentum feind sind, ist es nicht die Schuld jener, die, wie der Papst selbst in seiner Enzyklika Quadragesimo anno sagt, „die Religion vorzuschützen suchen als Wandschirm, hinter dem man sich mit seinen ungerechten Machenschaften verstecken und durchaus gerechten Forderungen der Arbeiterschaft entziehen will"?

Wirft man uns vor, wir seien

vaterlandslos?

Wir haben unser Vaterland, die österreichische Republik, von den Tagen ihrer Begründung an geliebt und behütet wie eine Mutter ihr Kind. Wir haben sie in Kärnten und im Burgenland mit unserem Blute verteidigt. Wir verteidigen heute ihre Unabhängigkeit.

Wirft man uns vor, daß wir durch das feste Band der internationalen Solidarität

mit den Arbeitern aller Länder vereint sind?

In den Verwaltungsräten der kapitalistischen Aktiengesellschaften, in den Leitungen der internationalen Kartelle sitzen auch in Oesterreich Kapitalisten aus allen Ländern beisammen. Die Faschisten aller Länder stehen einander bei. Der Kampf gegen den Kapitalismus und gegen seine faschistischen Söldner muß international sein wie der Kapitalismus selbst.

Was will man also von uns? Ist es nicht das Recht der Arbeiterklasse, die einen so gewaltig großen Teil des ganzen Volkes bildet, auf dem Boden der Demokratie, auf der Grundlage der Freiheit und des gleichen Rechtes aller das Schicksal des ganzen Volkes mitzubestimmen?

An dem Tag, an dem wir zum erstenmal als Parteirat der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei versammelt sind, erklären wir sechzig Arbeiter und Angestellte, die wir aus den Betrieben und aus den Stempelstellen zusammengekommen sind,

im Namen der organisierten Arbeiter und Angestellten Oesterreichs:

Wir wünschen, daß die politische Krise „baldmöglichst im Geiste der Verfassung entwirrt" werde, wie es der Bundespräsident am 7. März verheißen hat. Wir sind bereit, an einer verfassungsmäßigen Entwirrung der politischen Krise mitzuwirken. Wer aber glaubt, den österreichischen Arbeitern und Angestellten das Schicksal der deutschen und der italienischen Arbeiterklasse bereiten zu können, der rechne mit unserer Entschlossenheit, die Rechte, die unsere Väter und wir in jahrzehntelangen Kämpfen erobert haben, mannhaft zu verteidigen!

Wien, Dezember 1933.

„Sozialistische Revolution" — verboten!

Von nun an: Zeitschrift für Sozialismus

Die Zeitschrift „Sozialistische Revolution", herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz Prag, erscheint vom Novemberheft (Heft 2) an unter dem Titel „Zeitschrift für Sozialismus". Der Titel „Sozialistische Revolution" ist in der Tschechoslowakei verboten worden. An der Tendenz und an dem Inhalt der Zeitschrift hat sich trotz des Wechsels des Titels nichts geändert.

Das zeigt ein Blick in das soeben erschienene Heft 2. Eine Betrachtung über den 9. November von Historicus ist bemerkenswert, weil sie das Versagen der Volksbeauftragten vor allem darin sieht, daß sie keine neue wirklich republikanische Macht geschaffen haben, nachdem durch die Demobilmachung des Heeres ein machtpolitisch leerer Raum entstanden war. Konrad Heiden, der Verfasser des interessanten Buches über die Geschichte des Nationalsozialismus, beschäftigt sich mit der Zukunft der deutschen Sozialdemokratie. Er kommt zu dem Schluß: die Bewegung ist unsterblich — die Partei kann nur in verwandelter Form weiterexistieren. Karl Kautsky setzt sich mit der Broschüre von Miles „Neu beginnen" auseinander. Er diskutiert lebhaft gegen den kritischen Teil, erkennt dagegen das praktische Aktionsprogramm an. Entscheidend ist für ihn der Gedanke, daß Hitler nur überwunden werden kann im Kampf um die Demokratie. Er sieht das Gebot der Stunde in der Zusammenfassung nicht nur aller proletarischen, sondern aller demokratischen Kräfte gegen den Faschismus. Das Heft enthält ferner Aufsätze von Vandervelde und Breitscheid über die Krise des französischen Sozialismus, einen Aufsatz von Wagner über Kriegstendenzen im Faschismus, Glossen und Buchbesprechungen.

Die Zeitschrift ist zu beziehen von der Druck- und Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad, CSR.

Deutsche in der Tschechoslowakei

Der tschechoslowakische Fürsorgeminister Dr. Czech erklärte im Budgetausschuß zur Frage der Ausländerbeschäftigung, daß in der Tschechoslowakei rund 250 000 Ausländer ansässig seien, darunter 40 174 Reichsdeutsche. Dagegen lebten im Ausland 844 000 tschechoslowakische Staatsbürger, von denen allein 288 000 auf Deutschland entfielen.

Der Abrüstungspräsident

Auf eine Anfrage erklärte John Simon gestern im Unterhaus, daß das Gehalt des Präsidenten der Abrüstungskonferenz insgesamt 71 945 Schweizer Franken betrage, von denen 63 750 Franken das eigentliche Gehalt ausmachten, während für Reiseunkosten und Aufwandsgelder 4130 bzw. 4065 Franken ausgeworfen seien. Zu dieser Summe komme noch der Betrag für das Sekretariat des Präsidenten, der auf 41 484 Franken festgesetzt sei.

Blaugas wirkt schneller

Der Staat Kolorado hat nach einer stürmischen Debatte im Kongreß den Vollzug der Todesstrafe durch den Strang abgeschafft und den Antrag auf Vollzug der Todesstrafe durch Blaugas angenommen. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war die Hinrichtung des Mörders Walter Jones, die nach der ärztlichen Feststellung mehr als vierzehn Minuten dauerte, ehe der Tod eintrat.

Betreuung von 60 000 Emigranten

Beginn des Hilfswerks

Der Verwaltungsrat des Hilfswerkes für die Flüchtlinge aus Deutschland versammelte sich zum ersten Male in Lausanne, das man als Tagungsort gewählt hatte, um auch nach außen hin jede Verbindung mit dem Völkerbund zu vermeiden. Außer dem Oberkommissar James Macdonald waren 12 Delegierte aus 12 Ländern erschienen, darunter Lord Robert Cecil für England. Auf Vorschlag des Oberkommissars wurde Lord Robert Cecil der Vorsitz im Verwaltungsrat angeboten. Er nahm das Amt jedoch aus Rücksicht auf sein Alter nur für diese Tagung an.

Sodann erstattete der Oberkommissar einen ersten Bericht über die Lage der Flüchtlinge sowie über die Aufgaben des Verwaltungsrats. Er bezifferte die Gesamtzahl der Flüchtlinge auf 60 000, von denen 80 Prozent Israeliten seien, 16 000 von den 60 000 seien Nichtdeutsche, meist Polen, die im letzten Jahr Deutschland verlassen hätten. Auf die einzelnen Länder sollen sich die Flüchtlinge wie folgt verteilen: Frankreich 25 000, Palästina 6500, Polen 6000, Tschechoslowakei 5000, Holland 5000, England 3000, Belgien und Schweiz je 2500, Skandinavien 1500, Oesterreich 800, Saargebiet und Luxemburg 500, andere Länder einschließlich Vereinigte Staaten 1000. Die Anwesenheit der Flüchtlinge im gegenwärtigen Augenblick belaste die Wirtschaft der verschiedenen Staaten besonders stark. Man müsse deshalb versuchen, die Flüchtlinge auf die verschiedenen Länder, in denen sie noch nicht anwesend seien, zu verteilen.

Aus dem Bericht ging hervor, daß die Hilfstätigkeit der nichtkonfessionellen Vereinigungen weniger wirksam gewesen seien als die der jüdischen. Das Flüchtlingsamt habe sich nicht direkt mit der Unterstützung des Einzelnen zu befassen, die weiter Sache der Vereinigungen bleibe. Seine Aufgabe sei vielmehr, einmal die Koordinierung der Tätigkeit der privaten Vereinigungen, dann die Führung von Verhandlungen mit den Regierungen. Ziel dieser Verhandlungen sei insbesondere, den Flüchtlingen ihre Ausweispapiere zu verschaffen. Oberkommissar und Verwaltungsrat sollen sich dafür einsetzen, das nötige Geld zu verschaffen, doch soll die eigentliche Sammlung und Verteilung der Unterstützungsfonds weiterhin Sache der privaten Vereinigungen sein.

Nach dem Bericht des Oberkommissars vertagte sich der Verwaltungsrat auf heute nachmittag, um dann in nichtöffentlicher Sitzung mehrere konstitutionelle Fragen zu erledigen. Es ist geplant, neben dem Verwaltungsrat noch einen beratenden Ausschuß zu schaffen, der aus 16 Mitgliedern bestehen soll. Acht Mitglieder sollen jüdischen Organisationen angehören, acht andere sich aus Vertretern der christlichen Organisationen und der verschiedenen Gewerkschaften zusammensetzen.

Studenten-Militär

Da die Teilnahme der deutschen Studenten am „Wehrsport" obligatorisch eingeführt worden ist, kann ohne Uebertreibung davon gesprochen werden, daß jeder körperlich taugliche deutsche Student gegenwärtig militärisch ausgebildet wird. Nach dem amtlichen Bericht vom Juli d. J. betrug die Zahl der „Wehrsport"-Studenten bereits 30 000. Im gleichen Bericht heißt es, daß für die „Wehrsport"-Ausbildung der Studenten eines einzigen Semesters bis Juli d. J. in Berlin allein 160 000 Reichsmark Staatszuschuß geleistet worden ist.

Die Kinderuniformen

sind jetzt amtlich geregelt worden in einem Ukas, der den Titel führt: „Vorschrift und Vorbild für die Bekleidung und Ausrüstung der Hitler-Jugend, des Deutschen Jungvolks in der HJ., des Bundes Deutscher Mädel und der Jungmädel im BDM. in der HJ." Der Mist kostet einzeln 1,25 Reichsmark, bei Bezug von mindestens 20 Exemplaren 1,— Reichsmark. Das Vorwort schrieb, wie könnte es anders sein, Baldur von Schirach.

Warum ist das Zivilflugwesen unrentabel?

Diese Frage beantwortet Handelshochschul-Professor Karl C. Thalheim im „ABC der Volkswirtschaft" (Leipzig, Seemann) so: „Deutschland ist . . . dadurch benachteiligt, daß das Verbot des Militärflugwesens es ihm unmöglich macht, dieses als Schrittmacher für den zivilen Luftverkehr zu benutzen. Aus diesen Gründen sind die Flugfrachtsätze sehr hoch und nur für wenige Qualitätswaren tragbar . . ." Was wir als Beispiel der neuen wissenschaftlichen Logik der Welt nicht verhehlen wollen.

Prohibition aufgehoben

Im Land, wo Milch und Honig fließt
(Weil man sie in die Flüsse gießt),
Probierte kühn ein Optimist,
Die ganz verfahr'ne Karre
Herauszuziehen aus dem Mist
Mit einem blauen Aare.
Der Adler hat es nicht geschaffen,
Ein Katzenjammer fiel ihn an —
„Versuch mas halt mit einem Affen,
United States of Kanaan!"
Herr'n der Kinostars and stripes!
Ein Sprichwort gilt im Reiche Scheibbs,
Bald gilts für euch in USA.:
Saufst — stirbst. Saufst net — stirbst aa.

Im Land, wo hell der Reichtum fließt
(Soweit man ihn zu Mörsern gießt),
Wo jeder rechtsgerichtet ist
(Sonst wird er hingerichtet),
Hat Rauschgift, das zu Kopfe schießt,
Den Klassenkampf geschlichtet.
Es trinkt vom nationalen Fusel
Der Stempelamtaristokrat,
Schlotherr und Junker schrei'n im Dusel:
Gerettet sind Besitz und Staat!
Kapitalismus, fiebertoll,
Säuft du dich mit Faschismus voll . . .
In Grinzing heißt es hie und da:
Saufst — stirbst. Saufst net — stirbst aa.
Prosit, sauf!

Jura.

„Hindurch zur Kirche!"

Die Erklärung des Pfarrer-Notbundes im Wortlaut

Der Kampf in der evangelischen Kirche, über den wir regelmäßig berichtet haben, ist von einer Fülle von Erklärungen begleitet worden. Die gleichgeschaltete Presse und die Nachrichtenbüros haben nur in kurzen und abgeschwächten Auszügen von ihnen Kenntnis gegeben. Hinter ihnen stand der Büttel und die Zensur, die nunmehr anbefohlen hat, von den inneren Vorgängen im Lager der evangelischen Kirche so wenig wie möglich zu berichten.

Ein *Freund unseres Blattes schickt uns jetzt auf Umwegen die Erklärung des Pfarrer-Notbundes im Wortlaut zu.* Wir sind dadurch imstande, sie unsern Lesern weiterzugeben — als einzige deutsche Zeitung. In diesem Dokument stehen Sätze, die aus religiöser Verpflichtung das schärfste über die „Deutschen Christen" und ihre Führer sagen, was heute in Deutschland überhaupt an Opposition gegen die herrschenden Gewalten gewagt und gesagt werden kann. Um dieses Wortlauts willen müssen unsere Leser auch schon Bekanntes in Kauf nehmen. *Redaktion der „Deutschen Freiheit".*

„Hier stehen wir!"

Unsere evangelische Kirche steht in der Zeit des Gerichtes Gottes. Neugermanisches Heidentum ist in unserem Volke aufgestanden und hat vor der Kirche nicht Halt gemacht. Das ist uns allen ein starker Ruf zur Buße. Hätten wir Glieder der Kirche nicht versagt und wären die Kräfte des Evangeliums bei uns lebendig, so hätten wir nicht erleben dürfen, was uns heute mit brennender Scham erfüllt.

Wie stark das Heidentum in die Kirche bereits eingebrochen ist, wird uns allen sichtbar an der Kundgebung des Gaues Groß-Berlin der „Glaubensbewegung Deutscher Christen" am 13. November 1933 im Sportpalast. Etwa zwanzigtausend Teilnehmer waren dabei, unter ihnen die Reichsleitung der „Glaubensbewegung Deutscher Christen" mit dem Reichsleiter *Hossenfelder*, der die Aemter eines Kirchenministers, des Geistlichen Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates in der Altpreußischen Union und Bischofs von Brandenburg bekleidet, der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates Dr. *Werner*, Bischof *Peter*, zahlreiche Oberkonsistorialräte und andere kirchliche Würdenträger, dazu die Abgesandten aller Gemeindegruppen des Gaues Groß-Berlin.

Bischof Hossenfelder hielt die Begrüßungsansprache und verließ danach die Tagung. Dann führte der Gauobmann von Groß-Berlin, Dr. Krause, heftige Angriffe gegen die Grundwahrheiten unserer Kirche. Er forderte Befreiung von allem Undeutschen im Gottesdienst und im Bekenntnismäßigen, Befreiung vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral, von diesen Viehhändler- und Zuhältergeschichten. Mit Recht habe man dieses Buch als eines der fragwürdigsten Bücher der Weltgeschichte bezeichnet. Er forderte, daß unsere Landeskirche sich damit beschäftigt, *daß alle offenbar entstellten und abergläubischen Berichte des Neuen Testament entfernt* werden, und daß ein grundsätzlicher Verzicht auf die ganze Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus ausgesprochen wird. — *Judenblütige* Menschen *gehören nicht in die Deutsche Volkskirche, weder auf* die Kanzel *noch unter die Kanzel.* Wir müssen uns hüten vor der übertriebenen Herausstellung des Gekreuzigten. Unsere heiligen, blutbedüngten Stätten müssen uns mehr sein als ferne Stätten in Palästina. Nicht knechtische Menschen, sondern stolze Menschen wollen wir haben. *Die enge Verwandtschaft des nordischen deutschen Geistes mit dem heidnischen Jesusgeist werde sich zeigen.* Eine Entschließung, die auf diesen Ausführungen sich aufbaut, wurde, da ein Laie Widerspruch erhob, nach Feststellung des Versammlungsleiters mit 19999 Stimmen angenommen.

Auch Träger hoher Kirchenämter . . .

Nicht nur die Massen innerhalb der Glaubensbewegung Deutscher Christen haben zu dieser furchtbaren Verhöhnung der Bekenntnisgrundlagen unserer Kirche Beifall gespendet, auch Träger der hohen kirchlichen Aemter haben sich daran beteiligt. *Sie haben ihre Pflicht, das Bekenntnis unserer Kirche durch ein furchtloses Zeugnis für Christus öffentlich zu verteidigen, in unverantwortlicher und unerträglicher Weise verletzt.* Erst nach 36 Stunden ist ein Einspruch von ihnen an die Oeffentlichkeit gelangt, nachdem die ungeheure Erregung des bekenntnistreuen Teils unserer Gemeinden im ganzen Reich offenbar geworden war. Was hier im Sportpalast geschehen ist, ist nur der weithin sichtbare Ausdruck des christusfremden Geistes, der, in der Glaubensbewegung Deutscher Christen seit ihrer Begründung vorhanden, immer stärker in ihr selbst und durch sie in der ganzen Kirche zur Macht gekommen ist. Der Reichsleiter *Hossenfelder* hat die innere Einstellung des von ihm selbst zum Gauobmann berufenen Dr. Krause kennen müssen. Er hat ihn trotzdem auf diesen wichtigen Posten gestellt. Dr. Krause war auf der Brandenburgischen Provinzialsynode der Wortführer der Deutschen Christen für alle ihre radikalen Vorlagen. Wenn der Reichsleiter ihn unter dem Zwang der Stunde auch von seinem Amte entfernt hat, so hat er für ihn den Pfarrer Tausch eingesetzt, der nicht nur ohne jeden Widerspruch gegen die Ausführungen von Dr. Krause nach dessen Vortrag 60 Fahnen der Glaubensbewegung Deutsche Christen geweiht hat, sondern sich auch erneut zu den 10 Richtlinien der Deutschen Christen mit ihren schriftwidrigen und bekenntniswidrigen Forderungen feierlich bekannt hat. Der Kurs ist der alte geblieben.

Wir fordern:

Dem Reichsbischof sind im Namen von 3000 Pfarrern unserer Kirche unter anderem folgende Forderungen überreicht worden:

1. *Sofortige Trennung des Reichsbischofs von der Glaubensbewegung Deutsche Christen durch öffentliche Niederlegung der Schirmherrschaft.* Es ist für die Deutsche Evangelische Kirche nicht tragbar, daß ihr Reichsbischof weiter im Kampf um die Grundlagen der Kirche die Partei derer verkörpert, die an der Zerrüttung durch die Mißachtung von Schrift und Bekenntnis wesentlich Schuld tragen.

2. Sofortige Entfernung aller Mitglieder kirchlicher Behörden aus ihren Aemtern, die gegenüber der Verletzung des Bekenntnisses bei der Sportpalastkundgebung in der öffentlichen Verteidigung des Bekenntnisses *versagt* haben oder für die Veranstaltung verantwortlich zu machen sind. Denn so lehren die Reformatoren, daß alle Bischöfe, so entweder selbst Unrecht lehren oder unrechte Lehre und falschen Gottesdienst verteidigen, für sträfliche Leute sollen gehalten werden (Schmalkaldische Artikel 72).

3. *Entfernung aller Kirchenführer aus ihren Aemtern, die in ihren Erlassen oder durch Anwendung von Gewalt die Gemeinden unter unerträglichen Gewissenszwang gesetzt haben.* Denn die Reformatoren lehren (Apologie der Augsburgischen Konfession): So sollen auch die Bischöfe nicht wider das Evangelium Satzungen machen noch ihre Satzungen wider das Evangelium auslegen. Denn wenn sie das tun, so verbietet uns das Evangelium, ihnen gehorsam zu sein, wie Paulus zu den Galatern sagt (1, 8): So auch wir oder ein Engel vom Himmel euch würde Evangelium predigen anders, denn das wir euch gepredigt haben, der sei verflucht.

4. *Die kirchenregimentliche Aufhebung jeder Verpflichtung, die nicht eine Bindung an Bibel und Bekenntnis allein darstellt, wie sie in den Reversen der Deutschen Christen gegeben ist.* Denn so schreibt Paulus an die Galater (5, 17): Zur Freiheit hat uns Christus freigemacht. So steht nun aufrecht und laßt euch nicht wiederum in das Joch einer Knechtschaft spannen!

5. *Volle Freiheit der Verkündigung des Evangeliums.* Sie kann nur in der Wahrheit bestehen. Darum sagen wir der bisherigen Vernebelungspolitik, die da spricht: Friede, Friede und ist doch kein Friede!, Kampf an. Wir fordern auch für uns volle Freiheit, mit allen Mitteln der Oeffentlichkeit zu unserem Volk zu sprechen.

Diese Forderungen sind bereits von anderer Seite aufgenommen worden: am 18. November traten in Dortmund 1000 Gemeindeälteste, Gemeindeverordnete und Pfarrer aus der Provinz Westfalen zusammen. Die Versammlung hat einstimmig die gleichen Forderungen an den Reichsbischof gestellt und die sofortige Einberufung der Provinzialsynode verlangt.

Das Reich muß uns doch bleiben

Was fordert diese Stunde von uns?

Ein klares Bekenntnis vor aller Oeffentlichkeit zu dem Herrn, der da sagt: „Wer mich bekennt vor den Menschen, den will ich bekennen vor meinem himmlischen Vater, den will ich auch verleugnen vor meinem himmlischen Vater!"

Wir wissen dabei, daß in den Reihen der Deutschen Christen viele stehen, denen jetzt auch die Augen dafür aufgehen, wie diese Bewegung in ihrem Kerne vom *Gift des neugermanischen Heidentums* verderbt ist. Sie werden sich, soweit sie das erkennen, von ihren falschen Führern trennen müssen. Mit uns zusammen werden sie den Kampf gegen alle Selbstverherrlichung des Menschen führen müssen, die gegen Gottes Ehre streitet.

Wir wollen uns in neuer Treue unter Gottes Wort in den Gottesdiensten unserer Kirche sammeln. Wir wollen uns täglich unter Gottes Wort stellen, daß es uns stark mache. Der Angriff gegen das Aergernis des Kreuzes steht erst in seinen Anfängen. Als Streiter Christi müssen wir in diesen Kampf hinein, wir mögen wollen oder nicht: Gott hat ihn uns auferlegt.

Dazu aber bedürfen wir der Buße: Nicht vom Menschen her können wir die Richtschnur unseres Glaubens nehmen. Nicht die Bedürfnisse unserer nordischen Seele haben da Geltung. Allein Gottes Wort kann uns die Richtung weisen.

Gottes Wort wirkt in uns den Glauben. Gottes Wort wendet den eigenen Sinn. Gottes Wort führt uns unter die Herrschaft dessen, dem alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden. Das ist die rechte Buße, bei der sich durch Gottes Gnade in unserem Leben und in unserer Kirche das Wort erfüllt: Er muß wachsen, aber ich muß abnehmen! Es geht uns nicht um die Macht in der Kirche, nicht um Kampf gegen kirchenpolitische Gruppen. *Es geht uns nicht um die Fragen des menschlichen Ehrgeizes und des irdischen Wollens. Es geht darum, ob Gottes Herrschaft in uns und unserer Kirche mächtig wird.* Nur dann haben wir das Recht, mit Luther in starker Glaubenszuversicht fest darauf zu stehen:

Das Reich muß uns doch bleiben!

Erst Heil Hitler! Dann Jesus

Der Kongreß der nationalsozialistischen Kirchenvertretungen *Schleswig-Holsteins* hat allen evangelischen Pfarrern Anweisung erteilt, den Gottesdienst mit *dem Ruf: „Heil Hitler" zu beginnen und zu beenden . . .*

Hermyna Zur Mühlen

Eine Fünfundsechzigjährige

Hermynia Zur Mühlen, die Tochter eines österreichischen Diplomaten aus hohem Adel, wurde, da ihre Eltern meist im Ausland lebten, von ihrer englischen Großmutter, einer sehr klugen, dem Kinde die Schattenseiten des Lebens, die weniger bevorzugte Lage anderer Menschen nicht verhehlenden Frau, erzogen. Frühzeitig erlebte sie den Konflikt vornehmer Seelen, die, selber in glänzenden Verhältnissen lebend, an den sozialen Unterschieden leiden. Der Blick und das Verständnis der Großmutter für alles Menschliche, die Vorurteilslosigkeit der alten Frau übten einen tiefen Einfluß auf die Entwicklung der Enkelin aus.

Nach einer glücklichen Zeit großer Reisen nach Afrika und Asien verbannte ein schweres Lungenleiden Hermynia Zur Mühlen nach Davos. Hier reiften in den Jahren der Zurückgezogenheit ihre ersten schriftstellerischen Arbeiten. Sie begann auch, sich mit großer Einfühlungsgabe als Uebersetzerin fremdsprachiger Werke zu betätigen.

Heute steht die Dichterin auf dem Höhepunkt ihres Schaffens. *„Reise durch ein Leben"* ist ihr Meisterwerk, die reiche Gabe einer Frau, die es mutig versucht, das Gitter adeliger Standesvorurteile zu durchbrechen, einer adeligen Oesterreicherin, die einen bürgerlichen Preußen heiratet, nach einem tragischen Zerwürfnis mit ihrem Mann in die Freiheit eines unsicheren, selbständigen Lebens hinausgestoßen wird und in der Zeit des Krieges, der Revolution und der Inflation das Schicksal dieser Einsamkeit ertragen muß.

Hermynia Zur Mühlen gibt dem Problem der sozialen Ungleichheit keine oberflächliche, billige und sentimentale Lösung. Das Gitter, welches das Kind einst mutig durchbrochen hatte, schließt sich noch einmal um die alternde Frau. Dieser Mut zur Wahrheit, die Kraft, das wirkliche Leben ohne Beschönigung darzustellen, gibt der Dichterin Hermynia Zur Mühlen eine Bedeutung, die weit über diejenige einer Unterhaltungsschriftstellerin hinausgeht.

Daß sie es aber auch versteht, das Bedürfnis nach leichter und heiterer Unterhaltung zu befriedigen, beweist ihr humoristischer Eheroman „Nora hat eine famose Idee". Hier wird der Gegensatz von Schein und Wirklichkeit, von Konvention und Leben in sehr unterhaltsamer und satirischer Weise behandelt.

Gesinnung

Wir merken sie uns, die Herren mit Geist
und der neu-nationalen Gesinnung.
Die man jetzt gleichgeschaltet heißt,
die kluge Feiglingsinnung.
Den Dichterfürsten und den Troß
der Denker und Literaten.
Sie haben den Geist wie ein altes Roß
verkauft und sich selbst verraten.
Wir vergessen es nie, wie sie schnell bereit
der Gewalt und der Dummheit dienten,
die Gesinnung wechselten wie ein Kleid
und das Hakenkreuz sich verdienten.
Es hilft ihnen nichts, denn jeder Verrat
macht sie ärmer und kleiner, viel kleiner
So wurde ein „Hauptmann" in der Tat
im Alter noch ein „Gemeiner".

Thomas Ech.

„Mutter, dann melde ich dich!"

Erlebtes aus Berlin

Aus Berlin wird dem „Neuen Vorwärts" eine Episode berichtet, die scheinwerferartig den Geist des „neuen Deutschland" beleuchtet.

Ein Ehepaar, das sich noch nicht gleichgeschaltet hat und der immerhin gemäßigteren Stahlhelm-Richtung treu geblieben ist, hat einen achtjährigen Sohn, der aber schon „im weltanschaulichen Gegensatz" zu seinen Eltern steht und der Hitler-Jugend angehört. Dieser hoffnungsvolle junge Deutsche pflegte bisher immer mit einem gleichaltrigen jüdischen Knaben zu spielen. Kürzlich aber kam die Mutter gerade hinzu, wie ihr heldisches Söhnchen diesen bisherigen jüdischen Spielgefährten in der unflätigsten Weise beschimpfte und ihm zum Schluß erklärte, nicht mehr mit ihm zu spielen, weil er ein „Judenschwein" sei. Die Mutter war darüber sehr empört und machte ihrem Sprößling energisch Vorhaltungen und sagte zum Schluß: „Dieses häßliche Wort darfst Du auf keinen Fall mehr gebrauchen. Der Junge ist genau so ein Mensch wie wir alle und außerdem ist es ein sehr anständiges Kind!"

Worauf ihr der vom „neuen deutschen Geist" erfüllte achtjährige Sohn die Drohung zurief: *„Mutter, wenn Du das noch einmal sagst, melde ich Dich!"*

Zeit-Notizen

Verboten

wurden laut Kriminalpolizeiblatt 1710/13 folgende Druckschriften: „Weltfront gegen imperialistischen Krieg und Faschismus" (Paris); „L'action économique et politique" (Hayange, Frankreich); „Grasliger Grenzbote" (Grasliz, Tschechoslowakei); „Politische Unzulänglichkeiten, Denkschrift von Wilhelm Gohr" (Danzig); „The Jewish Chronicle" (London); Erich Maria Remarque, Im Westen nichts Neues (Gestapa, Aktenzeichen: II D 815/33); „Deutsche Aktion", Herausgeber F. A. Ludwig Sendker, Hannover (Gestapa II D 224/210); Dr. M. Bottema, „Hitler Hervormer of Misdadiger" (Amsterdam); „Luzickoserbsky Vestnik" (Prag — Zeitung der Lausitzer Wenden); „Der Bund" (Wien); „Die Sprize" (Rybnik, Polen); der slovenische Familienkalender „Druzinska Pratika" (Laibach); die Schweizer Zeitungen: „Der Landbote und Tagblatt der Stadt Winterthur", „Aargauer Volksblatt", „Solothurner Anzeiger" (dessen Verbot ist nicht ausgesprochen gewesen, sondern wurde nur stillschweigend gehandhabt), „Basler Volksblatt", „Züricher Volkszeitung" sind wieder zugelassen.

Gegen die humanistische Universität

hat der Alfred Bäumler, Ordinarius der politischen Pädagogik an der Universität Berlin, ein Buch erscheinen lassen: „Männerbund und Wissenschaft". In dem Buch wird ein Bild der künftigen Hochschule prophezeit, deren Träger der „soldatische Typus sein wird, während die humanistische Universität vom „Gebildeten" getragen wurde. Bäumler hat recht, vom Gebildeten soll keine Rede mehr sein.

Seid menschlich zu Fischen!

Wie das Büro des Vereins Deutscher Zeitungsschreiber meldet, ist durch die preußische Polizeiverordnung der Schutz der Fische vor Quälereien neu geregelt worden.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Die Pariser Untergrundbahn hat die Absicht, die Preise etwas zu erhöhen. Das Billet zweiter Klasse soll um einen Sou von 70 auf 75 Cts. erhöht werden, das Billet erster um zwei Sous von 1,15 Fr. auf 1,25 Fr. Das verbilligte Hin- und Rückfahrtsbillet, das morgens bis 9 Uhr verkauft wird, soll von 0,85 Fr. auf 0,95 Fr. erhöht werden. Der Einheitstarif soll auch nach Ausdehnung des Verkehrs auf Vincennes, Issy und Boulogne beibehalten werden.

*

Die Generalprobe von Shakespeares „Coriolan" ist wegen Erkrankung von Mme. Jeanne Delvair und Uebernahme der Rolle durch Mme. Colonna Romano auf Freitag in die Matinée verschoben worden.

*

Die Heilsarmee verteilt 400 Portionen warme Suppen rue de Chabrol. Dreimal wöchentlich fahren Autos mit „soupe de minuit" durch die Straßen. In der rue Cantragel wurde ein neues Heim mit 500 Betten eröffnet.

*

Auf einem Bauplatz quai de Seine auf der Insel Saint-Denis wurde neben einem Wärmofen der 31jährige Nachtwächter Alexandre Bonisetto erfroren aufgefunden.

*

An der Sorbonne sprach der frühere Minister Kienboeck über die österreichischen Finanzen. Den Vorsitz führte an Stelle des Präsidenten des Senatsausschusses für das Auswärtige Henry Bérenger, der sich zu den Verhandlungen über die deutschen Flüchtlinge nach Genf begeben hat, der Vizegouverneur der Bank von Frankreich M. Kist.

BRÜSSEL
rue [illegible]
Dr. jur. K. Goldmann
früh. deutsch. Rechtsanw.
Forderungseinziehung i. Deutschland, Handelsvertretung. Daselbst franz. Sprachkurse.
Monatlich 20.— Franken

Ungarisches Restaurant Budapest
BRÜSSEL
33, rue du Damier, hinter Kaufhaus l'Innovation
Mittag Diner, Abend Souper Fr. 7
Suppe, Fleischgang mit Beilage, Dessert
einschließlich Getränk, Bedienung, Brot nach Belieben. Schmackhafte, nahrhafte Küche!
Aufmerksame, höfliche Bedienung!

Große Aussprache über Paris

Eine Rede des Seinepräfekten — Die Terrassen auf der „diamantengestickten Kunststraße", in den Champs Elysées

Im Pariser Stadtrat ist eine große Debatte über die Aesthetik der Champs Elysées gewesen, diese „diamantengestickte Kunststraße", die als die weiteste und schönste Avenue für vornehme Leute gegründet wurde, und die heute, von der Krise angefressen, der Standort für Cafés mit Stahlmöbeln, Cocktail-Terrassen und ein Prisunic ist.

Der Präfekt der Seine M. Edouard Renard hat in einer begeisterten Rede vom einstigen Korso dieser Straße, von den Spaziergängern und silbergeschirrten Pferden und Wagen um 1900. Die Städte, sagte er, führen ihr Leben nach geheimnisvollen Gesetzen. Warum gehen im Garten des Palais Royal, das im 17. Jahrhundert der Mittelpunkt der eleganten Welt war, nur noch so wenige Leute ab und ab, daß man ihre Schritte hört?

Im Jahre 1913 wurde im Stadtrat beschlossen, daß in den Champs Elysées kein Laden, keine Terrasse geduldet werden sollte. Hier in dieser Welt von Reichtum und Schönheit sollte ein Damm gegen den Handel aufgerichtet werden. Alles sollte Luxus strahlen.

Und jetzt sind auch Gäste-Terrassen mit Tischen und Zeltdächern in dieser schönsten Straße von Paris, ein Zeichen der Zeit, ein Zeichen der Krise, und weitere Konzessionen werden erteilt werden, denn sonst bedeutet es ein Privileg für die schon bestehenden. Die einstige Luxusgegend bekommt immer mehr den Ausdruck der großen Geschäftsboulevards . . .

Polizeipräsident Chiappe abermals über die Moral

Polizeipräsident Chiappe, der neulich seine große Rede über die Pariser Sittlichkeit gehalten hatte, sprach darauf über die Moral in den Champs Elysées. Er teilte mit, welche Anstrengungen die Polizei gehabt hat, um gewisse zweifelhafte Jungens sowie die zu aufdringlichen Töchter der Nacht und die Bettler aus den Champs Elysées zu vertreiben. Der Leiter der Polizei erklärte, die boites de nuit, die Nachtlokale dürften nicht die Champs Elysées in ein Vergnügungsviertel wie Montmartre oder Montparnasse verwandeln. Dort gäbe es wenigstens außerdem noch Künstler, — aber in den Champs Elysées würde dieser Einschlag fehlen. Stilaufklatschungen sind unmöglich, meinte M. Chiappe, so wie die Venus von Milo keinen Hut aus dem zweiten Kaiserreich tragen kann. „Ich will in Zukunft keine Spezialerlaubnis mehr geben," sagte der Präfekt der Polizei.

„Die Champs Elysées," fuhr der moderne Korse fort, „sind nicht nur der Schmuck unserer Stadt, sie haben, wie ich wiederholt bei meinen Besuchen in anderen Hauptstädten festgestellt habe, die wunderbarste Perspektive der Welt. Und diese prunkvolle Avenue ist zugleich der schöne Garten voll von Kinderlachen, an der geheiligten Schwelle, die so viel Tränen benetzen. Wir haben die Pflicht zu wachen über die Reinheit der Kleinen und den Schmerz der wunden Herzen zu ehren. Diese Betrachtungen allein würden genügen, uns unbeugsam zu machen. Wir wachen! Wir hegen der Pariser Kleinod, wir bewahren den Strahl der Champs Elysées."

Die Debatte endete mit einem moralischen Siege der Verteidiger der Champs Elysées.

An- und Verkauf
zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und
REICHSMARK
durch das Bankhaus
Georges Perles & P. Michel
34 RUE LAFFITTE . PARIS IX
TELEFON [illegible]

3 neue Gaunertricks in der Weltstadt

Paris hat natürlich nicht mehr Gauner als Berlin oder London (Kriminelle — politisch ist der Vergleich heute zu leicht). Aber die Pariser Gauner müssen geschickter sein, die Bevölkerung ist sehr intelligent, es ist ein schwerer Boden. Anbei drei neue Gaunertricks:

Die großen Gewinne der Nationallotterie, der ersten Lotterie, die in Frankreich seit Jahrzehnten stattfand, reizen schon nicht mehr. Seitdem sich die beiden neuen fünffachen Millionäre Bonhoure, der Friseur aus Tarascon, und Ribière, der Kohlenhändler aus Avignon, gegenseitig besucht haben, sind hier wenig Sensationen mehr zu überbieten.

Also war auch neulich bei der Ziehung weiter keine Aufregung, als ein einfacher Mann, der Gewinner einer einfachen Million, vortrat und seinen Gewinn abhob. Erst nachher merkte man, dieser Mann, fast ohne besondere Merkmale, war der falsche. Wenige Stunden später kam der echte.

Der erste, der einfache, harmlose Mann aus dem Volke, hatte das Gewinnlos wunderbar chemisch gefälscht und ernent, mit seinem sonstigen „Los" nicht zufrieden.

Worauf jetzt die echten und die falschen Millionäre schärfer vor dem Rad der Fortuna geprüft werden.

*

Ein kühner Neuerer in seinem Fach ist auch der beispiellose nervenruhige Mann, der das Pariser Hauptpostamt, in der rue du Louvre um eine schöne Summe prellte. Dort saß bei großem Andrang des Publikums die brave Ida Abbé, 45 Jährlein auf dem Dienstpuckel, an Kasse 3. Auf dem Brettchen neben ihr sind 80 gute Tausender doppelt gezählt und aufgeschichtet.

Plötzlich öffnet sich das Eisentürchen und eine Hand erscheint, die das Geld wegnimmt. Die Beamtin achtet im ersten Moment kaum darauf; weil es öfter vorkommt, daß einer Geld zulegt oder fortträgt.

Aber, o wehe, diesmal war es ein falscher Postkollege, groß, braunhaarig und, nebenbei, in ruhigem grauen Anzug. Keiner der Beamten hatte ihn vorher je gesehen. Nachher auch nicht. Er hat sich mit dem gelungenen Raube ruhig und unbemerkt in die Menge gemischt.

Ein Postbeamter und ein Tippmädel haben ihn bemerkt, sein Gesicht kam ihnen an der Hauptstadt, rue du Louvre, unbekannt vor. „Aber schließlich," sagte sie, „wir sind so viele . . ."

*

Mit geschärftesten Verstand arbeitet ein Trinkgeldnepper. Tombola ein kleines Angebinde zu machen. Der Metzger, besucht und ihn wegen Wohlfahrtslose fragt. „Sie spielen doch?" Der Metzger bejaht.

Darauf sieht die Amtsperson nach und sagt: „Sie haben einen Radioapparat gewonnen."

Dann läßt er sich das Los aushändigen, reißt einen Schein von einem Block und überreicht eine Quittungsmarke, gegen deren Vorzeigung das Kaufhaus avenue du Maine den Apparat für 5000 Fr. liefere. Und als die Amtsperson weggeht, läßt sie so im Tone der Würde fallen, in solchen Fällen sei es üblich, dem Wohlfahrtsbüro als dem Veranstalter der Tombola ein kleines Angebinde zu machen. Der Metzger, hochbeglückt, die freudengerötete Frau zur Seite, sagt: „Wenns weiter nichts ist," und läßt einen Zwanziger springen.

Aber, aber — an der avenue du Maine an der betreffenden Stelle ist gar kein Kaufhaus und erst recht kein Radioapparat für 5000 Fr., und die Concierge sagt: „Ja, lieber Herr, Sie sind schon der Sechzehnte. Einer hat ihm sogar 200 Fr. zugebuttert, bedenken Sie. Was das für böse Zeiten sind . . ."

*

Moral: Das Verbrechen ist, wie man weiß, eine soziale Erscheinung. Aber es gehört auch Intelligenz dazu.

Eine Frau aus Bonn tötet ihren Pariser Freund

Eine junge Frau aus Bonn, Agnes Fey, die aber keine Emigrantin, sondern seit einem Jahre Inhaberin eines Weinausschanks in Boulogne-sur-Seine ist, hat im Hause 86, avenue Edouard-Vaillant, ihren Freund, einen 40jährigen Russen Michel Koupianoff getötet.

Koupianoff war Tischler, aber seit langem arbeitslos. Er wohnte mit der Bonnerin zusammen und verlangte dauernd Geld von ihr. Im Verlaufe eines Streits schoß ihm schließlich die Gequälte mitten ins Herz.

Agnes Fey, die anscheinend nicht die Schwere ihrer Tat begriff und vor allem bat, man möge sie doch ihr Geschäft weiter ausüben lassen, wird als eine kleine Frau mit kastanienbraunem Haar beschrieben. Sie war vordem Blumenverkäuferin gewesen und wohnte in einer bescheidenen Wohnung in der Nähe der Porte de St. Cloud. In ihrem Weinladen soll oft abends hinter verschlossenen Türen gezecht worden sein.

Jean Longuet spricht

Im Deutschen Klub, 64, Rue du Rocher, Paris 8e, spricht am Samstag, dem 9. Dezember, 21 Uhr, der sozialistische Abgeordnete Jean Longuet, der Enkel von Karl Marx, über das Thema: „La France est-elle révolutionnaire ou réactionnaire?". Danach Debatte. Vortrag und Diskussion werden übersetzt. Anschließend: Geselliges Beisammensein.

Gäste willkommen. Zur Unkostendeckung werden 5 Fr. erhoben (von A[illegible]

Die Lichtreklame in Paris

Anschließend sprach der Präfekt auch über die Maueranschläge und die Reklame. Diese wird grundsätzlich nur an Bauzäunen gestattet werden. Die Schilder müssen besonders genehmigt werden und unterliegen ästhetischen Vorschriften im Hinblick auf das Straßenbild. Bänder werden nicht gestattet werden. Die Fenster müssen frei bleiben. Lichtreklame wird nur zugelassen, sofern die Buchstaben und Bilder im Tageslicht unsichtbar bleiben und die Gerüste die Aesthetik nicht gefährtet. Ausnahmsweise sind sechs Lichtreklamen besonderer Art in den Champs Elysées und zwei in der rue Royale genehmigt worden, aber die Versuche fielen nicht sehr glücklich aus. Farbige Lichtreklame ist ganz aus den Champs Elysées verbannt.

Die Nachtbeleuchtungen

Die wunderbaren Nachtbeleuchtungen, die die Stadt Paris eingeführt hat: die Strahlennacht um den place de la Concorde und den Obelisken, um den Rond Point et den Triumphbogen hat eine prachtvolle neue Perspektive geschaffen. Weiße Schilder und Lichter erhöhen die Wirkung dieser Beleuchtung, aber nicht farbige. Der Eindruck von Größe und Zier, den die Nachtbeleuchtungen hervorrufen, wird weiter von der Präfektur durchgeführt werden.

Weiter sprach der Seine-Präfekt über die Bauvorschriften. Es ist gesetzlich nicht mehr zulässig, den Häusern einen bestimmten Stil aufzuerlegen, aber die allgemeine Linie und die Dimensionen können festgesetzt werden. Alles, so schloß der Präfekt, muß der Erhaltung der Schönheit von Paris dienen.

„Du zitterst, Danton" . . . in neuer Auflage

„Du zitterst, Danton?"
„Weil mich friert."

Diese Worte auf dem Wege nach unserer lieben Frau von der Guillotine sind berühmt. Ein Gegenstück dazu hat jetzt der französische Ministerpräsident geliefert.

Die Kammer der Abgeordneten war nämlich, wie der „Intran" erzählt, verdammt schlecht geheizt. Als M. Chautemps auf die Tribüne stieg, um die Regierungserklärung zu verlesen, sah er ein bißchen bleich aus.

„Was, Lampenfieber?," sagte ein Abgeordneter neben ihm.

„Nein, bloß die schlechte Heizung," erwiderte der Premier in Parodie des berühmten Wortes aus der Zeit der Menschenrechte.

ANCIEN CABINET E. MARTELLIERE
docteur es droit (Gegründet 1910)
MARC LINAIS licencié en droit
EMILE TRONQUIT diplômé notaire
advocat conseil
ERNST LANDAU
früh. Rechtsanwalt beim Amts- u. Landgericht in Düsseldorf
2, Rue des Petits-Pères, PARIS 2e (Nahe Börse)
Telefon Gutenberg 79-42, Central 40-57
Gesellschaftsverträge
Prozessführung
Einziehung von Forderungen im In- u. Ausland
SPRECHZEIT NACHMITTAGS

BRIEFKASTEN

L. v. B. Einverstanden. Aber alle Sicherungen treffen.

Amsterdam. Besten Dank für die Aufklärung. Der Brief ist vernichtet. Gegen Unrecht, das der deutschen Arbeiterbewegung angetan wird, werden wir uns immer wehren, ganz gleich, woher die Beschuldigungen kommen.

L. H. Villefranche. Sie schreiben uns, daß Sie seit einer Woche sich endlich die „Deutsche Freiheit" halten können. „Ihr glaubt nicht, wie glücklich ich bin, endlich mal wieder eine unserer Zeitungen lesen zu können." Wir wollen uns Mühe geben, Sie und die vielen anderen in der Fremde nicht zu enttäuschen. Es verbindet uns längst eine enge Gemeinschaft und es kommen schon Vorschläge, die „Freiheit"-Leser organisatorisch zusammenzufassen. Das will aber wohl überlegt sein. — Ihren Werbevorschlag halten wir erst dann für durchführbar, wenn wir über mehr Raum verfügen. Die angekündigten Beweismaterialien senden Sie am besten per Einschreiben. — Es ehrt Sie, wie tapfer Sie bei der ungewohnten körperlichen Arbeit durchhalten. Grüßen Sie die französischen Kameraden.

Chanon. Sie haben sich mit der Niederschrift viel Mühe gemacht, aber wir finden nicht, daß sie so geglückt ist, um gedruckt werden zu können. Seien Sie deswegen nicht enttäuscht. Man muß nicht alles können wollen. Es gibt viele gescheite Leute, denen solche Schilderungen nicht gelingen, und es gibt auch manchen Dummkopf, der fleißig gedruckt wird, weil er über oberflächliche Stilgewandtheit verfügt.

Emigrant Paris. Das Halbmonatszeitschriftchen ist uns bisher nicht zu Gesicht gekommen. Wir finden durchaus verständlich, daß die Dame auch uns mit einigen Liebenswürdigkeiten aus ihrem Rosenmündchen bedenkt: ihr Weh und Ach scheint uns nur aus einem Punkte kuriert werden zu können. Der große Frauenkenner Goethe, von dem dies Wort bekanntlich stammt, hat dabei aber bestimmt nicht an die Politik gedacht. Auf allen anderen Gebieten aber erklären wir uns in diesem Falle desinteressiert.

Otto Brües. Sie haben einen Roman geschrieben: „Das Mädchen von Utrecht". Wir urteilen über ihn nicht, weil wir ihn nicht kennen. Aber Sie sind Feuilleton-Redakteur der „Kölnischen Zeitung" und duldeten, daß ein gewisser Christian Jenssen über Ihr Buch in Ihrer Zeitung unter anderem folgendes zum Charakterbild Ihres Helden schreibt: „Ein unglücklich-glückhafter Rausch auf der Heimreise von Utrecht und eine leichtfertige Unterschrift binden ihn für zwölf Jahre an die Preußen, die ihn in Wesel ausbilden und als baumlangen Kerl zu den Leibgrenadieren nach Potsdam beordern. Er bäumt sich trotzig auf, ergibt sich resigniert — beides ist sinnlos. Erst als er gelernt hat, zu preußischer Manneszucht, Unterordnung und Kameradschaft aus vollem Herzen „Ja" zu sagen, wird er innerlich frei." — Es ist schade, daß die langen Kerls weiland Friedrich Wilhelms I. zweihundert Jahre in der Erde ruhen. Wir hätten gern einen erlebt, der uns erzählt hätte, wie er unter Ohrfeigen, Fußtritten, Stockprügel und Spießrutenlaufen allmählich innerlich frei wurde. Die Redakteure der gleichgeschalteten Presse freilich haben diese innere Freiheit. Sie beruht auf dem Bewußtsein, die geistige Freiheit gegen eine Legitimationskarte von Hans Friedrich Bruch eingetauscht zu haben.

Werbt für die „Deutsche Freiheit"

Die neueste Revolution in China

Die Kämpfe in der Provinz Fukien

Zu den Ereignissen in der Provinz Fukien wird gemeldet, daß Japan an Fukien äußerst interessiert ist und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, falls Leben und Besitz japanischer Staatsangehöriger bedroht sind. Die japanische Zeitung „Nishinishi" schreibt, daß Japan nötigenfalls von Formosa aus Kriegsschiffe entsenden werde. Dazu schreibt die „Prawda", die Kämpfe in Fukien seien die Auswirkung der Unzufriedenheit mit der Kuomintang. Die „Iswestija" meinen, daß die ersten Zusammenstöße vermutlich an der Grenze von Fukien und Kwangtung stattfinden würden. Die Vorgänge in Fukien könnten im inneren Kampfe in China noch eine bedeutende Rolle spielen. Bedeutungsvoll ist, daß sich China in einem Vertrag verpflichtet hat, in Fukien nur den Japanern Konzessionen zu gewähren. Außerdem ist Fukien nur durch einen schmalen Kanal von der japanischen Insel Formosa getrennt. Die japanische Presse beschuldigt Amerika, daß es die 19. Armee unterstütze und eine Flotten- und Luftflottenbasis auf der Insel Tungsang, nahe Fukien, organisiere. Amerika besitzt die Hälfte der Aktien der China National Aviation Corporation, die die Flugzeugverbindung über Fukien nach Kanton organisiert und diese später bis Manila verlängern will.

Die amerikanische „China Weekly Review" schreibt, es gebe eine englisch-französische Verständigung über Tibet und die Provinzen Jünnan und Szetschwan, außerdem wahrscheinlich eine französisch-japanische Vereinbarung über die Provinz Kiangsi, doch über Kwangtung und Fukien existieren keine Abmachungen. Kanton liege in der britischen Einflußsphäre, sei aber für den amerikanischen Handel als Markt von Wichtigkeit, und Japan strecke auch dorthin seine Fühler aus. Und ebenso sei Fukien ein Konfliktsgebiet.

China hat eine Regierung in Nanking, die sogenannte Zentralregierung, bei der die fremden Gesandten beglaubigt sind, eine zweite in Kanton, von der Zentralregierung in allem Wesentlichen unabhängig, sie aber doch als oberste Autorität des Landes anerkennend, und daneben ein halbes Dutzend mehr oder minder selbständiger Militärmachthaber. Jetzt ist eine neue Regierung dazugekommen, das etwa drei Jahre lang mit viel Mühe ausbalancierte Gleichgewicht der Kräfte ist zerstört, und wenn nicht alles täuscht, steht das unglückliche Land vor neuen gewaltigen Bürgerkriegen.

Die chinesische 19. Armee, berühmt geworden durch den heldenhaften Widerstand, den sie den Japanern 1932 vor Schanghai leistete, hat der Zentralregierung den Gehorsam gekündigt, die Provinz Fukien für unabhängig erklärt und bereitet sich vor, zunächst auf Kanton und dann nach Nanking zu marschieren. Das ist viel mehr als eine der üblichen Militärrevolten, wie sie von Zeit zu Zeit auch in den letzten „Friedensjahren" immer wieder vorgekommen sind. Die Erhebung der 19. Armee, das ist der Aufstand der zurückgesetzten Fraktionen der Kuomintang, der chinesischen Nationalpartei, gegen die in Nanking regierende Clique, an deren Spitze General Tschangkaischek steht. Alles, was unzufrieden ist, sammelt sich unter ihrem Banner, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, von Huhanmin, ehemaligem Vorsitzenden des Gesetzgebenden Rates und seit dem Jahre 1928 Wortführer des faschistischen Flügels der Nationalpartei, bis zu Eugen Tschen, dem früheren Außenminister, der seinerzeit wegen seiner Sympathie mit den Kommunisten ins Ausland fliehen mußte. Von einer „sozialistisch-kommunistischen" Richtung der neuen Regierung, wie schlecht unterrichtete Zeitungskorrespondenten faseln, kann nicht die Rede sein. Einer der Generale, die sich ihr angeschlossen haben, ist Paitschunghsi, der Mann, der im April 1927 die demonstrierenden Arbeiter in Schanghai niederkartätschen ließ.

Den letzten Anstoß zum Aufstand gab die jüngste Wendung der Nankingregierung, ihre Versöhnung mit Japan. Der Rücktritt des Finanzministers T. V. Sung, von dem es heißt, daß er zu der neuen Regierung steht, war das Signal, auf das alle Unzufriedenen nur gewartet hatten. Und unzufrieden waren schließlich nahezu alle, die nicht direkt von Nanking bezahlt wurden. Unzufrieden sind die Generäle, die sich in der direkten Ausplünderung der ihnen ausgelieferten Gebiete durch die Zentralregierung immerhin behindert sehen. Unzufrieden sind die Studenten und jungen Intellektuellen, weil die Regierung das Land an Japan verrät. Unzufrieden sind die alten Kuomintangleute, die Tschangkaischek vorwerfen, er habe an die Stelle der Herrschaft der Partei die Diktatur einer Clique gesetzt und betrachte China als sein Privateigentum. Unzufrieden sind vor allem die Massen, die Bauern und die Arbeiter.

Der jüngste Feldzug der Regierungstruppen gegen die aufständischen Bauern in den sogenannten Sowjetgebieten ist ebenso gescheitert wie alle früheren. Die Bauern verteidigen den Boden, den sie sich genommen haben, mit solcher Kraft, daß die Truppen, unzulänglich besoldet, schlecht verpflegt und im Herzen eher auf der Seite derer, die sie niederschlagen sollen, als auf der Seite ihrer Kommandeure, entweder gar nicht recht kämpfen oder direkt überlaufen. Von den Steuerbeamten bis aufs Hemd ausgezogen, gezwungen, Soldaten, die ihn nichts angehen, zu ernähren, zu behausen, mit Zugtieren zu beliefern, selbst oft genug als Tragtier gepreßt, haßt der Bauer die Kuomintang um so tiefer, als er auf sie einmal alle seine Hoffnungen gesetzt hat. Sie hatte ihm versprochen: das Land dem, der es pflügt, und hat ihn schmählich betrogen. Sie hatte ihm Befreiung von den ungeheuerlichen Militärlasten verheißen und bedrückt ihn heute schwerer denn je zuvor.

1927 waren die Arbeiter die glühendsten Anhänger der Partei, in der sie den Anwalt aller Schwachen und Unterdrückten sahen. 1933 sind ihnen die elementarsten Rechte genommen. Ihre Gewerkschaften sind vernichtet, ihre Zeitungen verboten, ihre Führer ermordet oder im Kerker. Streiks sind selbstverständlich verboten.

Die neue Regierung hat das alte Programm der Kuomintang vom Jahre 1927 wiederaufgenommen. Sie will wieder energischen Kampf gegen den Imperialismus, was jetzt vor allem Kampf gegen Japan heißt, sie gibt den Arbeitern das Streikrecht und will das Land der großen Grundbesitzer an die Bauern verteilen.

Wie die alte Kuomintang vor sieben Jahren die Massen aufrief, weil sie die Massen in ihrem Kampf um die Macht brauchte, so ruft jetzt die neue Regierung die Arbeiter und Bauern auf zum Kampf gegen die entarteten Verräter in Nanking. Es wiederholt sich das große Manöver von 1927. Denn daß es ein Manöver ist und nichts mehr, das zeigen allein die Namen derer, die da plötzlich ihr Herz für die leidenden Bauern und Kuli entdecken. Die Arbeiterschlächter appellieren an die Arbeiter, die Bauernmörder spielen Volksfreunde! Sicherlich gibt es unter denen, die sich zur 19. Armee bekennen, auch aufrichtige Revolutionäre, echte Nachfolger Sunyatsens, des Gründers der Nationalpartei und Führers der chinesischen nationalen Revolution. Aber eine Volksrevolution, geführt von dem Vertrauensmann der Standard Oil, Offizieren, deren Hände von Bauernblut triefen, Generälen, die Tschangkaischek nur stürzen wollen, weil sie bei der Aussaugung des Landes zu kurz gekommen sind — eine solche Revolution ist unmöglich. Der Nachfolger Tschangkaischeks wäre nur ein neuer Tschangkaischek.

Es ist immerhin möglich, daß der neuen Regierung glückt, was in China schon einmal geglückt ist: die Mobilisierung der Massen. Ob es ihr aber dann gelingen wird, die aufgerüttelten Bauern und Arbeiter genau so wieder nach dem Sieg nach Hause zu schicken wie 1927, ist nach allem, was in diesen sieben Jahren in China geschehen ist, durchaus nicht so sicher. Der neue Krieg der Generale und Politiker kann umschlagen in einen Volkskrieg gegen alle Unterdrücker der Nation.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pitz in Dudweiler; für Inserate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH., Saarbrücken 3, [illegible]straße 5.

LEHM kauft schöne JUWELEN
Diamanten, Perlen, Silber, Gold
VERKAUF:
Paris, 43, rue Lafayette. Expertise

Tél. Trinité 43-13 Métro Pigalle
Deutsche Poliklinik
Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld
a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Die allermodernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie
Ordination täglich von 9—12 und 2—8; Sonn- und Feiertags von 10—12 und 2—4 Uhr

Französisch-Unterricht
schnelle, leichte, interessante Methode. In Gruppen 3,4 Fr. 210, f. g. St. Denis (1?) Zim. 24. Métro Chapelle, von 1-2 und 6-8 Uhr.

Zu verkaufen
(oder zu vermieten) eine ultramodern eingerichtete
Poliklinik
auf den großen Boulevarden. Günstige Bedingungen. Schr. an Publ. Metzl, 51, rue Turbigo Nr. 161.

Sieben Minuten von Paris, elektrisch- Bahn.
4, Place Gare de Vallées
MODERNES HAUS
Fahrstuhl, Elektrizität, Telefon, Zentralheizung, Müllschlucker. Nicht möblierte Wohnungen, ab 2800 Fr. inklusive alle Abgaben, gleich zu vermieten.

18, rue Blanche Tél. Trinité 64-99
Allgemeine Deutsche Poliklinik
Métro: Trinité und St. Lazare
Chefarzt Professor WENSTEN
1) SPEZIALÄRZTLICHE ORDINATION für sämtliche Art Erkrankungen.
2) INNERE Klinik
3) CHIRURGISCHE Klinik
4) GEBURTSHILFLICHE Klinik
ORDINATION täglich von 1 bis 8 Uhr. Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr

Alexandra Feodorowna

Schuld und Sühne einer Kaiserin

Ein verblüffendes Beispiel für all das, was die unsinnige Institution des Monarchismus zustande bringt, liefert das Lebensschicksal der „Alexandra Feodorowna", der letzten Zarin Rußlands. Maurice Paleologue, ehemaliger Botschafter Frankreichs im zaristischen Rußland, während des Krieges und einige Jahre vorher, erzählt es. (Die deutsche Uebersetzung seines Buches von Hans Roger Madol ist jetzt im Universitas-Verlag, Berlin, erschienen.)

Maurice Paleologue ist ein durchaus konservativ gesinnter Mann, Mitglied der französischen Akademie, Diplomat, also eher geneigt, die Irrtümer eines Kaiserhofes zu übersehen und sich an seinem Glanz zu berauschen. Aber selbst er vermag nur „Mitleid, ungeheures Mitleid" aufzubringen, wenn er sich auch bemüht, die politische Rolle der Alexandra zu vergessen. Jene aber war das Unheilvollste, was eine Frau, der mehr Macht in die Hand als Verstand ins Hirn gegeben wurde, ersinnen kann.

Der Vorgänger Rasputins

Die Episode des „Pilgrim" Rasputin, sein Einfluß auf das Kaiserhaus und auf die Ereignisse in Rußland, das alles ist bekannt. Ihrer Unglaublichkeit verdankt sie es, immer und immer wieder in Roman und Film dargestellt zu werden, sie klingt wie von einem erfindungsreichen Autor ersonnen, aber sie ist wahr. Und sie ist nicht einmal die erste ihrer Art im Leben des schwachen Zaren Nikolaus II. und seiner Gattin, der „Deutschen", der hessischen Prinzessin. Vor Rasputin gibt es einen Wundertäter aus Lyon: Philippe Nizier, einen [illegible] -bensjahr an in medizinischen Geheimlehren betätigt hatte. [illegible] und dieses bewog ihn, nach Rußland, nach Zarskoje-Selo zu übersiedeln. Eine Fehlgeburt der Kaiserin zerstörte den Nimbus des Magiers — nicht bei seinen Gastgebern, wohl aber beim Hof, und schließlich mußte Nizier in seine Lyoner Vorstadt und zu seinen früheren Patienten zurückkehren.

Rasputin

Dann kam der für Rußland unglückliche Krieg mit Japan, die Geburt eines Prinzen — viele Monate nach den Wundertaten des französischen Schwindlers —, die Revolution, die Serie der Attentate gegen Minister und gegen den verhaßten Großfürsten Sergius, der eine Schwester der Kaiserin zur Frau hatte, auch — wie der Autor mit galanter Verschwommenheit schreibt — „ein seltsamer und schmerzvoller Roman, der durch einen plötzlichen Tod geheimnisvoll unterbrochen wurde", die beiden, im tiefsten Innern unsicheren, jeder falschen Romantik rasch unterliegenden Gatten waren reif, sich neuerlich einem Menschen hinzugeben, der ihre Entschlußunfähigkeit beeinflussen sollte. Dieser Mensch war Grigori Efimowitsch Rasputin, ein einfacher Muschik, Sohn eines Händlers mit gestohlenen Pferden. „Rasputin" ist eigentlich ein Spitzname, den der junge Grigori von seinen Kameraden erhielt und bedeutet in der Bauernsprache „Hurer, Völler, Lump". Nachdem er des öfteren von betrogenen Ehemännern verprügelt und einmal sogar auf dem Marktplatz seines fernen Heimatdorfes ausgepeitscht worden, wurde er fromm und heilig. Er wurde Pilgrim und wanderte von einem Kloster zum anderen. Auf diesen Wanderungen gelangte er in das prächtige Zarenschloß Zarskoje-Selo. „Ein Frauenverführer raffiniertester Art, hatte er doch im alten, ungebildeten, von Höflingen und Mönchen in seinem Aberglauben erhaltenen Rußland den Ruf der Heiligkeit erworben. Bischöfe und Fürsten führten ihn bei dem Kaiserpaar ein, den Bauern, den Einfältigen, mit dessen Lippen die Stimme der russischen Erde spricht."

Wie an Monarchenhöfen Politik gemacht wird

Rasputin gewann Nikolaus und dessen Frau nicht etwa mit Schmeicheleien für sich, sondern durch seine Grobheit und Härte. In seinem religiösen Geschwätz war der Kern immer der Hinweis auf die Reue, auf den heilenden Wert der Tränen und die erlösende Tugend der Zerknirschung.

„Der Mann Gottes," eben dieser Rasputin, hält das Kaiserpaar durch ein Versprechen hin: ihm werde es gelingen, den jungen Zarewitsch, von einer wahrscheinlich erblichen Krankheit, der „Hämophitis", zu heilen — er war ein „Bluter", erlitt bei der geringsten Erschütterung und oft ohne Veranlassung Blutungen, die tagelang andauerten. Rasputin trat an das Bett des Kranken, sagte Gebete auf und — in manchen Fällen hörte die gefährliche Blutung auf. Einmal rettete er sogar tatsächlich den Thronfolger vor dem Verbluten, das die Aerzte für sicher hielten. Nun war seine Macht über den Kaiser und die Kaiserin unbegrenzt. Und er nützte sie weidlich aus. Minister und Würdenträger aller Art krochen vor ihm, der Generalprokurator der Heiligen Synode, der Polizeidirektor, der Generaladjutant des Kaisers traten gegen alle auf, die den Mönch zu verdächtigen wagten. Der Hof lebte nur in den Kämpfen für und gegen ihn. In den Tagen der Kriegserklärung war er nicht in der Hauptstadt, sondern in seinem sibirischen Heimatsdorf, wo ihm ein für ihn gewöhnliches Abenteuer passiert war. Eine Prostituierte aus Tobolsk war ihm dahin gefolgt und hatte ihm, weil sie von ihm verlassen worden war, einen Dolch in den Unterleib gestoßen. Kaum hatte er sich erholt, so intervenierte er „mit seiner Sehergabe" in der diplomatischen Politik jenes Augustmonats des Jahres 1914. Er war — gegen den Krieg. Er schrieb an den Kaiser Briefe, um ihn vor dem Krieg zurückzuhalten: „. . . Wir werden Deutschland besiegen, ja, doch was wird aus Rußland werden? . . . Trotz unserem Sieg wird es seit Anbeginn der Zeiten kein furchtbares Martyrium geben als das Rußlands. Es wird ganz in Blut ertrinken. Sein Untergang wird vollständig sein!" Er hatte Zusammenkünfte mit Botschaftern. Er war kein Spion — wohl deshalb, sagt der Autor, weil er größere Einkünfte hatte, als er verbrauchen konnte und weil er zu unfähig war, die entsprechende Doppelrolle eines Spions zu spielen. Aber er unterrichtete Deutschland durch Mittelsleute über die Geheimnisse der russischen Strategie und Diplomatie, was er in den privatesten Unterhaltungen erfuhr, plauderte er, besonders wenn er betrunken war, weiter. Er bestärkte die Kaiserin in ihrem Streben, die Autokratie immer mehr auszubauen und intrigierte selbst gegen die Minister, die den Kaiser in seiner Selbstherrschaft einschränkten. In dieser tragischen Situation einer „Selbstherrschaft ohne Selbstherrschaft" war dieser Rasputin der eigentliche Regent Rußlands. Er ist es, der den Generalissimus, den Großfürsten Nikolaus, stürzte, und wenn der Kaiser sich hie und da den Forderungen des Mönches widersetzte, so erscheint prompt die Kaiserin im Hauptquartier und bleibt hier solange, bis sie alles, was sie, das heißt eigentlich, was Rasputin wünscht, erreicht. So werden im Kriegswinter 1916 sämtliche Ministerien besetzt und der Gesichtspunkt, von dem aus dies geschieht, ist: „Er hat neue Ansichten. Liebt und verehrt unseren heiligen Freund . . . Dieser Umstand ist offensichtlich eine Gnade Gottes."

Der Kaiser befiehlt die Offensive — so eine in der Richtung nach Riga — an, wenn ihm die Kaiserin schreibt: „Unser Freund ist diese Nacht mit einer heiligen Vision begnadet worden. Er bittet Dich darum, sofort die Offensive zu befehlen!" Oder eine Kriegsoperation wird unterlassen, wenn „unser Freund darauf besteht".

Wahnsinn und Verbrechen. Das Riesenreich, Millionen von Menschen sind in den Händen eines Betrügers und einer unter allerhand seelischen und moralischen Einflüssen schwachsinnig gewordenen Frau. Der „Staretz" (der heilige Mann) fühlt, daß es mit seiner Herrlichkeit bald zu Ende gehen muß. Er wagt es nicht mehr, allein auszugehen, glaubt sich auf der Straße ständig verfolgt, schrickt alle Augenblicke zusammen.

Das Ende

Am 30. Dezember 1916 wird Rasputin von einem jungen, eleganten Weltmann, dem Prinzen Jussupoff, ermordet, der dazu vier Komplicen aus seiner Gesellschaftsschicht zu Hilfe nimmt. Die Kaiserin ist, als sie die Nachricht hört, wie von Sinnen. Die Leiche des „heiligen Freundes" wird in einer Kapelle am Rand des kaiserlichen Parks von Zarskoje-Selo begraben. Am 12. März des folgenden Jahres — 1917 — bricht die Revolution aus, am 15. März dankt der Kaiser ab. Am 21. März wird die „Familie Romanow" verhaftet. Am 16. Juli wird sie im Erdgeschoß eines kleinen, niedrigen Hauses in Jekaterinburg, zusammen elf Personen, erschossen.

Das Ende dieser Familie ist gewiß schaurig, eines der furchtbarsten Dramen der Weltgeschichte. Aber wenn man bedenkt, was diese Familie in der Fülle ihrer Allmacht angerichtet hat, um die Sinnlosigkeit eines solchen Regimes aufrechtzuerhalten, wenn man ermißt, mit welcher Unverantwortlichkeit Kaiser und Kaiserin ihre Pflichten erfüllten, so wird man das Ende des letzten Zarenpaares als eine unausbleibliche und schließlich gerechte Sühne eines historischen Verbrechens beurteilen.

Das Buch Paleologues ist weniger Hoftratsch als Psychologie, weniger Sensationsroman — obwohl alles, was der Autor erzählt, wie solches klingt — als ein Beweis für das, was in einer Monarchie dank ihrer ureigentlichen Idee und Konstruktion möglich ist.